

Wiener Landtag

19. Wahlperiode

15. Sitzung vom 1. Oktober 2012

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	S. 3	denus, MAIS	S. 3
2. 03131-2012/0001-MDLTG: Gemäß § 120 (4) WStV Einberufung des Wiener Landtages durch Präsident Prof Harry Kopietz mit dem Thema "Stopp der repressiven Demokratie von Rot/Grün! – Gerechtes Wahlrecht für alle Staatsbürger!"		Rednerinnen bzw Redner:	S. 4
		Abg Armin Blind	S. 4
		StR Mag Manfred Juraczka	S. 7
		Abg David Ellensohn	S. 8
		Abg Dr Kurt Stürzenbecher	S. 11
		Abg Dr Wolfgang Ulm	S. 15
		Abg Birgit Hebein	S. 16
		Abg Mag Dietbert Kowarik	S. 17
		Abg Dipl-Ing Rudi Schicker	S. 20
		Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 22
3. Mitteilung des Einlaufs	S. 3	Abg Dipl-Ing Martin Margulies	S. 22
		Abg Senol Akkilic	S. 24
		Abg Mag Wolfgang Jung	S. 25
		Abstimmung	S. 26
4. 03131-2010/0001-MDLTG: Verlangen des Klubs der Wiener Freiheitlichen zum Thema "Stopp der repressiven Demokratie von Rot/Grün! – Gerechtes Wahlrecht für alle Staatsbürger!"			
Begründung durch Abg Mag Johann Gu-			

(Beginn der Sitzung um 9.01 Uhr.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Einen schönen guten Morgen!

Die 15. Sitzung des Wiener Landtages ist eröffnet.

Entschuldigt haben sich Frau LhptmStin Mag Renate Brauner ab 11 Uhr, da sie bei einer Konferenz Wien vertritt. Herr Abg Dr Aigner ist dienstlich verhindert, weiters Dipl-Ing Al-Rawi, Ing Rösch, Mag Straubinger, Prof Dr Vitouch, Abg Woller, Abg Schubert, Abg Mag Dr Wansch ebenfalls.

Vom Klub der Wiener Freiheitlichen wurde ein Verlangen auf Einberufung einer Sitzung des Landtages zum Thema „Stopp der repressiven Demokratie von Rot/Grün! - Gerechtes Wahlrecht für alle Staatsbürger!“ eingebracht.

Ich habe in Entsprechung des § 120 Abs 4 der Wiener Stadtverfassung im Zusammenhalt mit § 8 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien zu dieser Sitzung eingeladen. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass in der Sitzung des Landtages auf Verlangen keine Geschäftsstücke verhandelt werden. Der Entfall von Fragestunde, Aktueller Stunde und Dringlichen Initiativen ist in der Fraktionsvereinbarung festgeschrieben.

Wenn der Lärmpegel etwas leiser wird, fahre ich fort.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 1 im Zusammenhalt mit § 31 Abs 1 der Geschäftsordnung bekannt, dass je eine schriftliche Anfrage von Abgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen und des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien eingelangt sind.

Die Abgen Woller, Mag Straubinger, Baxant, Bluma, Ludwig-Faymann, Schinner, Dr Troch, Prof Dr Vitouch, Akkilic, Mag Werner-Lobo und Dr Vana haben am 7. September dieses Jahres gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Änderung des Wiener Tanzschulgesetzes 1996 eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Kultur und Wissenschaft zugewiesen.

Wir kommen nun zur Besprechung des Verlangens. Zur Begründung hat sich Herr Abg Mag Gudenus zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich bemerke, Herr Abgeordneter, dass die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt ist. Ich eröffne somit das Verlangen.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die heutige Sondersitzung haben wir verlangt, weil wir im Prinzip von einer großen Sorge um die Situation der Demokratie hier in unserer Wiener Heimatstadt, aber nicht nur in Wien, sondern auch in Österreich oder in der gesamten EU getragen sind. Wir befinden uns in einer Phase, wo im Prinzip oftmals von Demokratie gesprochen wird, wo schmeichelhafte Töne über Demokratie, direkte Demokratie, indirekte Demokratie, gefunden werden und wo auch sehr viel Falsches erzählt wird, dass wir uns auf einem Weg der Demokratisierung befinden, aber in Wirklichkeit genau das Gegenteil der Fall ist. Deswegen machen wir uns Sorgen um die Demokratie an sich, aber vor allem auch Sorgen um die demokratische Entwicklung hier in unserer Wiener Heimatstadt.

Wir konnten vor allem in den letzten Monaten sehen, wie sich hier die Situation insgesamt entwickelt, wenn ein ESM-Vertrag ohne Volksabstimmung durchgeboxt wurde, von einem Bundeskanzler, der noch vor einigen Jahren in der größten Tageszeitung großspurig angekündigt hat, er will zu allen wichtigen Änderungen der Verfassung in Bezug auf EU-Recht eine Volksabstimmung durchführen. Das hat nicht stattgefunden. Und genau dieser Bundeskanzler entstammt dieser Wiener Schule, ich sage es ganz bewusst, der Wiener Schule des Machtmissbrauchs und des Drüberfahrens. Genau dieser Bundeskanzler ist einer, der der Wiener SPÖ entstammt. Wir erleben eines ganz besonders, vor allem durch die Einführung des ESM, es entsteht hier im Prinzip ein modernes neues Feudalwesen in der EU, das von der SPÖ in Österreich unterstützt wird.

Wir Freiheitliche lehnen so ein neues Feudalwesen in Wien, in Österreich und in der EU ab, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es handelt sich hier um nichts anderes als um eine Entrechtung, eine Entmachtung, eine Knechtung der Bürger und der Menschen in diesem Land, unter anderem auch um eine Enteignung, nicht nur durch den ESM, auch durch die Gebührenerhöhungen, die hier in Wien passieren. Man spricht groß von Demokratisierung, es darf aber in Wirklichkeit über die maßgeblichen Fragen der heutigen Zeit nicht abgestimmt werden. Es darf auch das Volk nicht befragt werden über die maßgeblichen Fragen in der Wiener Gemeindepolitik. Man darf zwar über die U-Bahn-Stimme abstimmen. Das ist besonders wichtig. Darüber dürfen die Menschen in der Stadt abstimmen. (*Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Sicher ist das wichtig!*) Über die Stimme in der U-Bahn dürfen die Menschen auch abstimmen.

Aber wenn es dann um wirklich maßgebliche Fragen der Wiener Gemeindepolitik geht, wie zum Beispiel die Ausweitung der Parkpickerlzone, wird einfach darüber hinweggesehen, dass zumindest über 100 000 gültige Unterschriften vorhanden sind, die so eine Volksbefragung verlangen. Da darf man zwar über No-na-Fragen abstimmen, wie vor drei Jahren, fünf No-na-Fragen, wo der Ausgang schon klar war, und wahrscheinlich wird man auch nächstes Jahr über einige No-na-Fragen abstimmen dürfen, aber über die maßgeblichen Fragen darf nicht abgestimmt werden. Das wirft wirklich ein ganz miserables und schlechtes Licht auf den demokratischen Zustand hier in Wien.

Man spricht so oft vom schönen Schein der Demokratie. Es handelt sich oftmals um eine Scheindemokratie, auch hier, leider, in unserer Heimatstadt. Am schlimmsten sind diejenigen, die immer übertrieben und fast aufdringlich auf Toleranz, Demokratie und auch soziale Grundwerte pochen, die auf tolerant, demokratisch und sozial tun. Das sind genau diejenigen, die im ersten Moment, wo sie die Möglichkeit haben, die Demokratie am liebsten abschaffen würden und demokratische Grundwerte mit Füßen treten, wie zum Beispiel in der EU, wo wir eine Entdemokratisierung erleben, aber auch unter Rot-Grün hier in Wien.

Wir haben heute mit dem 1. Oktober, und ich bin sehr

dankbar über die Terminsetzung der heutigen Sitzung, einen sehr passenden Termin. Da werden heute die Parkometerzonen erweitert, aber eine Volksbefragung, die rechtlich zustande kommen müsste, wo die Fragestellung verfassungskonform ist, wird verhindert! Mit fadenscheinigen Argumenten wird eine so wichtige Volksbefragung verhindert. Das ist ein glatter und offener Rechtsbruch, nicht nur ein Rechtsbruch, sondern ein Bruch der Verfassung! Das werden wir nicht durchgehen lassen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Deswegen sprechen wir auch zu Recht im Titel der heutigen Sitzung von einer repressiven Demokratie, weil das Wort Demokratie nicht mehr ganz stimmt. Es geht mittlerweile hin zu einem Weg der Diktatur. Da spielen natürlich die GRÜNEN auch ihren Teil mit. Aber repressiv deswegen, weil wie kann es sein, dass über 100 000 Unterschriften einfach nicht anerkannt werden? Das ist Repression pur, die man sonst nur aus repressiven Regimen gewohnt ist, aber nicht in der Wiener Heimatstadt, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das sollten Sie sich einmal anschauen. Das ist reine Willkür!

Die GRÜNEN haben sich, als sie noch in der Opposition waren, bei jeder Baumfällung oder bei jedem Garagenbau eine Volksbefragung oder eine Volksabstimmung gewünscht, aber kaum sitzt man selbst in der Regierung, wird alles abgewürgt, im Keim erstickt.

Sie haben wirklich Angst vor den Menschen! Sie haben Angst vor dem Volk! Das sind wir alle von der SPÖ schon gewohnt. Das ist ja nichts Neues. Aber dass die GRÜNEN in Wirklichkeit hier so eindeutig auch ihr wahres Gesicht zeigen, das passt insgesamt auf keine Kuhhaut, dass die Frau Doppelstaatsbürgerin Vassilakou im Endeffekt als Stadträtin für BürgerInnenbeteiligung hier, wenn es einmal darum geht, die Bürger einzubinden, alles abwürgt!

Sie erinnern sich, was denn vor mittlerweile zweieinhalb Jahren, am 4. Mai 2010 passiert ist. Da gab es eine Dreiparteieneinigung, die vor dem Notar besiegelt wurde, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, die unterschrieben wurde von den drei Parteioberleuten, wo eben mit der Unterschrift versprochen wurde, nach der Wahl im Oktober 2010 für ein faires, demokratisches Wahlrecht zu sorgen, und zwar unabhängig von einer etwaigen Stadtregierungsbeteiligung. Die Frau Stadträtin ist natürlich nicht da. Es war auch nicht anders zu erwarten. Aber ich frage jetzt die werten Kollegen von den GRÜNEN: Ist das die Unterschrift der Frau Vassilakou? Ja oder nein? *(Der Redner zeigt eine Kopie des angesprochenen Paktes.)* Ist das die Unterschrift unter diesem Pakt? Ja oder nein?

Man sieht also, der Wortbruch und der Verrat haben hier im Haus durch die grüne Regierungsbeteiligung Einzug gehalten. Die Menschen merken das. Deswegen werden Sie 2015 auch eine Abfuhr bekommen, meine sehr geehrten Damen und Herren von den GRÜNEN! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ist das die Unterschrift? Herr Ellensohn, werter Herr Kollege, wenn Sie dann in diversen Gesprächen sagen, das ist nicht Ihre Unterschrift, Sie als Herr Ellensohn

haben das nicht unterschrieben, so lässt das auch tief blicken. Eigentlich sollten Sie die Frau Vizebürgermeisterin im Endeffekt dann auch abwählen und innerparteilich abmontieren, weil sie anscheinend nicht das tut, was der eigene Klub will. Also das lässt schon auch tief blicken, wie hier der innerparteiliche Zustand der GRÜNEN noch vorhanden ist.

Jedenfalls waren wir uns alle einig, dass die Wiener Gemeinderatswahlordnung grundlegend geändert gehört. Die absolute Mehrheit der SPÖ der letzten Male war nichts anderes als ein reines Kunstprodukt, ein künstliches Produkt, das nicht durch eine entsprechende Stimmenmehrheit legitimiert war. *(Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Sie wissen, dass das nicht stimmt, dass das die Unwahrheit ist!)* - Es tut mir auch besonders weh, Herr Stürzenbecher, dass Sie als Experte mir plötzlich sagen, das stimmt nicht! Ich meine, das weiß doch jeder Politologe, jeder Jurist, dass eine absolute Mehrheit der SPÖ, wie sie die letzten beiden Male vor 2010 vorhanden war, nicht durch eine Stimmenmehrheit legitimiert war. Das allein ist auch ein Zustand, den wir ändern wollen. Es soll jede Stimme gleich viel wert sein und im Endeffekt ein Prozentpunkt auch ein Mandat hier im Landtag und im Gemeinderat bedeuten. Das ist ein faires und modernes Wahlrecht, das sich die Wienerinnen und Wiener auch verdienen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf auch diesbezüglich nochmals einen Beschlussantrag dazu einbringen, dass wir für ein faires, modernes Wahlrecht in Wien eintreten, wo jede Stimme gleich viel wert ist und wo ein Prozentpunkt auch ein Mandat bedeutet.

Aber es geht Ihnen nicht um die Bürger, es geht Ihnen nicht um Demokratie, es geht Ihnen rein um Machterhalt! Es geht Ihnen um den Verbleib an Ihren Futtertrögen! Aber ich kann Ihnen versprechen, wir Freiheitliche werden gemeinsam mit den Bürgern dafür sorgen, dass Sie von diesen mächtigen Futtertrögen auch heruntergebracht werden auf den Boden der Realität! Dafür werden wir Freiheitliche mit den Bürgern sorgen! Sie waren viel zu lange an den Futtertrögen! Es braucht im Endeffekt eine Entziehungskur für die SPÖ, weg von den Futtertrögen, runter auf den Boden der Realität und zu den Bürgern! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Ich eröffne die Debatte. Für die nun folgenden Wortmeldungen möchte ich bemerken, dass die Redezeit für den Erstredner jeder Fraktion 30 Minuten beträgt, die Redezeit jedes weiteren Redners ist mit 15 Minuten begrenzt.

Als nächster Redner hat sich Herr Abg Blind zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm!

Abg Armin **Blind** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir stehen hier vor einer Situation, wir können sagen, wir haben die Halbzeit der Legislaturperiode erreicht. Seitdem das Abkommen, der Kollege Gudenus hat es ja gesagt, von Grün, Blau und Schwarz unterzeichnet wurde, haben wir nach der Wiener Landtagswahl keine wesentlichen Fortschritte seitens der Sozialdemokratie

und leider auch seitens der Grünen Fraktion gesehen. Wir haben eine Verhinderungstaktik erlebt. Wir haben eine Gesprächsverweigerung erlebt. Deswegen ist es notwendig, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Sondersitzung heute einzuberufen, um Sie Rede und Antwort stehen zu lassen, um von Ihnen Antworten zu fordern, dass Sie endlich Stellung beziehen zum Koalitionsübereinkommen, das in diesem Bereich zwischen Volkspartei, Freiheitlicher Partei und den GRÜNEN geschlossen wurde (*Abg Godwin Schuster: Koalitionsübereinkommen? Sie haben keine Koalition!*), oder zu deklarieren, dass Ihnen das nachfolgend geschlossene Koalitionsübereinkommen mit der Sozialdemokratie, zwischen GRÜNEN und Sozialdemokratie, wichtiger ist als dieser Pakt, den Sie geschlossen haben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Man muss schon sagen, eines der wenigen Dinge, die sich bewegt haben, war im Sommer dieses Jahres nämlich ein Interview des Kollegen Ellensohn in der APA, in dem er gesagt hat, dass etwas, was von mehreren Personen unterschrieben wurde, sei es auch von der grünen Vizebürgermeisterin, nicht bindend für die anderen sei. Das ist ein interessantes Verständnis von Pakt-treue, ein sehr interessantes Verständnis von Vertragstreu. Ich möchte nur darauf hinweisen, die GRÜNEN sollten vielleicht mit keinem Unternehmen einen Vertrag schließen. Dieser wird vielleicht auch nur von einem Geschäftsführer unterschrieben. Sie sollten vielleicht auch auf die Einhaltung des Staatsvertrages nicht mehr pochen. Dieser wurde auch nur von einem unterschrieben, der EU-Beitrittsvertrag möglicherweise auch, also alles Abkommen, die nur von einer Person oder wenigen Personen einer Seite unterschrieben wurden.

Für die GRÜNEN zählt das nichts. Hier zählt, was sich der Kollege Ellensohn täglich ausdenkt. Möglicherweise ist es auch ein Ausdruck einer gewissen sexistischen Haltung in der Grünen Fraktion. Wenn die Kollegin Vassilakou etwas unterschreibt, wird sie offensichtlich nur vorgeschoben, ist offensichtlich nur das Feigenblatt, das grüne Aushängeschild. In Wirklichkeit entscheiden die Machos in der Grünen Fraktion und die Unterschrift der Kollegin Vassilakou ist nichts wert, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Also, es ist durchaus interessant, was hier nun dazugekommen ist. Ganz interessant ist aber auch, was eigentlich seit dem Koalitionsübereinkommen, das zwischen diesen drei Fraktionen geschlossen wurde, noch nicht gesagt wurde beziehungsweise nur angerissen wurde. Darauf möchte ich dann im Anschluss zu sprechen kommen.

Wie gesagt, dass die Sozialdemokratie nicht daran interessiert ist, ein Wahlrecht zu verändern, das sie bis an die Grenze von dem begünstigt, was man noch als Verhältniswahl bezeichnen kann, war zu erwarten, wenn man die Sozialdemokratie kennt, weil der freiwillige Verzicht ist natürlich nicht Sache der SPÖ, selbst dann, oder möglicherweise gerade weil es zu einer Erhöhung der Demokratisierung in dieser Stadt führen würde.

Die FPÖ hingegen müsste, wenn wir nur auf Eigennutz bedacht wären, überhaupt keine Initiative ergreifen.

Die Wähler haben uns mittlerweile mit einer Stärke ausgestattet, die uns in die Position bringt, selber von diesem Wahlrecht zu profitieren, das große Parteien überproportional begünstigt. Aber im Gegensatz zur Sozialdemokratie meinen wir es ernst mit der Demokratie. Wir meinen es ernst mit der Partizipation. Wir meinen es ernst mit der gerechten Repräsentanz der Wähler. Deswegen haben wir ein Modell entwickelt, das anschließend der Kollege Kowarik noch im Detail vorstellen wird.

Was aber weiters überrascht, war im Sommer die Deutlichkeit, mit der sich der sozialdemokratische Klubobmann geäußert hat. Ich habe hier eine Aussage des Herrn Klubobmanns Schicker vor mir, und zwar im „Standard“ vom 8. August 2012, in der er beispielsweise die Einführung einer Fünfprozenthürde bei der Wahl für die Bezirksvertretungen fordert. Er meint, es sei sehr zweckmäßig, da es dann schneller zu einer Mehrheitsbildung kommt.

Da fragt man sich natürlich, was empfindet Herr Klubobmann Schicker als zweckmäßig? Zweckmäßig bedeutet ihm nur zweckmäßig für die SPÖ, das Ausblenden von anderen Meinungen, die Möglichkeit drüberzufahren und die Nichtnotwendigkeit zu diskutieren, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es ist natürlich bis zu einem gewissen Grad kurios, dass gerade diejenigen, die immer eine noch pluralistischere, noch diversere Gesellschaft herbeireden wollen, sich abschotten, nicht nur, dass Sie sich gegen die Verbreiterung des politischen Spektrums wehren, nein, Sie wollen zum eigenen Vorteil dieses politische Spektrum verengen, weil einen anderen Grund kann man seriöserweise nicht annehmen, weil diese Scheinargumente, die der Herr Klubobmann angeführt hat, ziehen freilich nicht. Selbstverständlich sind es Scheinargumente, denn welche wesentliche Verzögerung kann man erwarten, wenn eine Fraktion einen bis zwei Bezirksräte in einer Bezirksvertretung hat? Es gibt keine Verzögerung. Es ist nur der Wille der SPÖ, nicht zu diskutieren zu müssen und mit einem Hegemonialanspruch über alles drüberfahren zu können, was Ihnen in den Weg kommt! Das ist die Demokratie à la Schicker, nicht Wahlen zu gewinnen, sondern ein paar, ich glaube, es sind sechs Bezirksratsmandate, auch noch abzukassieren! Das ist das Demokratieverständnis der Sozialdemokratie! Man muss sagen, um den Zustand der SPÖ muss es verdammt schlecht bestellt sein, wenn Sie es notwendig haben, auch noch sechs Bezirksratsmandate abzukassieren, statt Wahlen zu gewinnen, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich sage Ihnen, dass Sie hinkünftig immer weniger zu sagen haben werden, das ist gut so! Das ist gut so für diese Demokratie, das ist gut für diese Stadt und das ist gut für die Menschen, die in dieser Stadt wohnen!

Die Verhandlungen à la SPÖ und leider auch die Verhandlungen à la GRÜNEN sind leider nicht so, wie man es sich vorstellen kann, wenn man die Phrasen hört, die in diesen Raum seitens der rot-grünen Koalition gedroschen werden. Wir kennen das alle, wie „abholend“, „auf Augenhöhe“ et cetera. Aber wenn man sich dann die Realität anschaut, wie schaut dann die Realität

tatsächlich aus?

Nehmen wir zum Beispiel das Otto-Wagner-Spital her. Da setzt man, vollkommen dem Wesen einer Mediation entgegen, den Bürgern, die sich hier mit ihren Sorgen, Ängsten und Nöten einbringen, gleich am Anfang eine Frist, verbunden mit der Drohung: „Wenn ihr bis August kein Ergebnis zustande bringt, dann machen wir es eben so, wie wir es wollen!“ Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, das ist auf Augenhöhe? Das ist ihr Diskussionsverständnis? Das ist vielmehr symptomatisch für die herablassende Art, wie diese Regierung mit den berechtigten Sorgen und Nöten der Menschen umgeht, und das ist schändlich, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hätte es noch eines einzigen Beweises für das fehlende Demokratieverständnis dieser Stadtregierung bedurft, wäre natürlich auch das Verschieben einer Scheinbegründung anzuführen, eine Scheinbegründung, die das Drüberfahren über 150 000 Unterschriften von Bürgern rechtfertigen sollte, die eine Volksbefragung betreffend das Parkpickerl fordern. Ich kann Ihnen versprechen, über die Scheinbegründung werden wir uns noch unterhalten. Wir werden uns beispielsweise im Berufungssenat darüber unterhalten. Ich garantiere Ihnen, letztlich werden wir, und da bin ich ganz zuversichtlich, höchstgerichtlich in dieser Frage selbstverständlich recht bekommen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Oder das Vorhaben - Klubobmann Schicker ist jetzt schon geflüchtet - von der Opposition gestellte Bezirksvorsteher-Stellvertreter und Stadträte abzuschaffen. Selbstverständlich weiß der Herr Klubobmann, dass er damit die Opposition von entscheidenden Informationen abschneidet, dass er die Kontrollrechte der Opposition entscheidend schwächen würde. Und diese Schwächung der demokratischen Partizipation mit einem Kostenargument rechtfertigen zu wollen, ist billig, meine Damen und Herren! Außer Belastungen hat die Stadtregierung nichts Billiges zustande gebracht! Das ist das einzig Billige, was diese Stadtregierung bisher zusammengebracht hat! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Selbstverständlich ist auch die FPÖ dafür, nicht bloß die Positionen und Funktionen zu besetzen. Wir fordern deshalb selbstverständlich auch die Übertragung von Aufgaben an von uns gestellte Stadträte. Diese sind selbstverständlich willens und auch in der Lage, die übertragene Verantwortung zu übernehmen.

Aber wenn man das Kostenargument des Herrn Klubobmanns Schicker tatsächlich ernst nehmen würde, könnte die SPÖ beim Kostensparen gleich bei sich selbst anfangen. Ich bin zum Beispiel dafür, den eigentlich nichtamtsführenden Bürgermeister, der in letzter Zeit eigentlich nur im Bereich der Repräsentation wahrzunehmen ist, ein Ressort zuzuweisen und in diesem Fall dann gleich einen Stadtrat der Sozialdemokratie einzusparen. Aber auf diese kostengünstigen Ideen kommen Sie ja nicht, weil die SPÖ an einer Demokratisierung, einer Verschlinkung der Strukturen in Wirklichkeit nicht interessiert ist! Wenn man einer solchen Partei mit einem Hegemonialanspruch gegenübersteht, ist es natürlich notwendig, ein stärkeres direktdemokratisches Korrektiv

einzuführen. Das tut wirklich Not in dieser Stadt. Wir brauchen ein stärkeres Korrektiv durch den Bürger, durch die Bevölkerung.

Deshalb fordern wir anstelle der Einführung einer Fünfprozenthürde für die Bezirksvertretungswahlen die Herabsenkung der Fünfprozenthürde auf ein Prozent für die Initiierung von Volksbegehren und Volksbefragungen, um den Bürgern wirklich die Möglichkeit zu geben, effektiv an der politischen Willensbildung zu partizipieren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe es in einer meiner letzten Reden schon gesagt, ich bin für die Einführung einer Vetovolksabstimmung. Ich halte das für eine ganz entscheidende Sache, weil dadurch nämlich nicht nur der Bürger das letzte Wort hat, das letzte Korrektiv darstellt, sondern auch in der politischen Diskussion, im politischen Diskurs sichergestellt wird, dass eine Großpartei oder eine Koalition nicht über die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung drüberfahren kann, die Interessen und auch die Standpunkte der Opposition berücksichtigen muss, um einer Ablehnung in letzter Konsequenz durch den Bürger vorzubauen.

Wie aber einleitend erwähnt, scheint es mir auch nicht minder wichtig, darauf hinzuweisen oder darauf einzugehen, was im politischen Diskurs bisher noch nicht oder beziehungsweise noch nicht deutlich genug gesagt wurde. Wir haben in dieser Legislaturperiode bereits mehrmals darüber gesprochen. Ich rede vom Wahlrecht für die Angehörigen von EU-Staaten beziehungsweise von Drittstaatsangehörigen auf Landes- oder Gemeindeebene. Nicht ohne Grund haben wir unser Verlangen „gerechtes Wahlrecht“, und zwar „gerechtes Wahlrecht für alle Staatsbürger“ genannt, meine Damen und Herren! Ich habe mir die Protokolle der letzten Sitzungen recht genau angesehen. Außer der Kollegin Vana, so habe ich es zumindest in Erinnerung, war keiner der hier herausgekommenen Redner der Meinung, dass eine Einführung eines erweiterten Ausländerwahlrechts ohne Änderung der Bundesverfassung möglich sei, weil schließlich normiert Art 108 des Bundesverfassungsgesetzes, dass der Gemeinderat für Wien auch die Funktion als Landtag ausübt und eine Wahl zu einer gesetzgebenden Körperschaft in Österreich Gott sei Dank noch immer Staatsbürgerrecht ist, meine Damen und Herren! Deswegen sind die Vergleiche, die in den vergangenen Diskussionen angestellt wurden, um einem Ausländerwahlrecht das Wort zu reden, allen voran mit der Stadt Graz, schon deshalb falsch, weil der Gemeinderat von Graz und der von Wien bundesverfassungsgesetzlich selbstverständlich ganz anders zu behandeln sind, und daher diese Nebelgranaten, um ein Ausländerwahlrecht schönzureden, vollkommen deplatziert sind. Obwohl es auf Ihrer politischen Agenda steht, kann das weder Wien allein entscheiden, weder Rot und Grün noch können es Gott sei Dank Rot und Grün im Bund entscheiden, weil es selbstverständlich dazu einer bundesverfassungsgesetzlichen Änderung bedürfte.

Nun zu der Frage, die mich durchaus interessiert. Ich hoffe, dass einer meiner Nachredner von der Österreichischen Volkspartei darauf eingeht, weil diese hat natür-

lich dieser Forderung nicht nur keine klare Absage erteilt, sondern StR Juraczka hat vielmehr die Schicker'schen Vorschläge, darunter eben auch das erweiterte Ausländerwahlrecht für EU-Bürger beziehungsweise Drittstaatsangehörige für teilweise begrüßenswert erachtet. Man fragt sich natürlich. (*StR Mag Manfred Juraczka: Was habe ich?*) Es steht in der Zeitung, teilweise begrüßenswert. Sie können natürlich selbstverständlich herauskommen und sagen, dass diese Teile der Schicker'schen Vorschläge nicht von Ihnen begrüßt werden. Wir würden das sehr begrüßen, Herr Kollege, wenn Sie sich hier klar auf Seiten der österreichischen Staatsbürger positionieren würden und nicht in einem europapolitischen Kniefall vor der Europäischen Union, vor größeren Staaten oder vor den Interessen internationaler Konzerne in die Knie gehen und ein Ausländerwahlrecht in Österreich ermöglichen würden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Auch die Aussagen des Kollegen Ulm, und zwar in der 14. Sitzung dieses Hauses, lassen Böses erahnen. Deswegen richtige Zeit für klare Worte. Der Kollege Ulm steht, soweit ich weiß, nachher noch auf der Rednerliste.

Kommen Sie heraus! Stellen Sie das klar! Sagen Sie, dass Sie dafür eintreten werden, dass die Bundes-ÖVP keine Verfassungsänderung unterstützen wird, die eine Teilnahme von Drittstaatsangehörigen oder EU-Bürgern in gesetzgebenden Körperschaften möglich macht.

Die Frage ist: Ist die ÖVP für die Ausweitung des Wahlrechts für Ausländer? Wird sich die ÖVP auf Bundesebene dafür hergeben? Wir können es noch nicht ausschließen. Wir befürchten es. Trauen Sie sich, standhaft zu sein! Der Wähler wird es Ihnen danken! Allenfalls wird der Wähler solche Aktionen zu verhindern wissen! – Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr StR Mag Juraczka. - Herr Stadtrat, ich erteile Ihnen das Wort.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sprechen heute über die Novelle des Wahlrechtes, heute am Tag 881 seit dem notariell beglaubigten Versprechen aller damaligen drei Oppositionsparteien, sich zu einer Wahlrechtsreform zu bekennen, mehr an Demokratie für diese Stadt zu fordern. Beispielgebend ist, dass diese Debatte auch am Tag 1 der Einführung einer Parkraumbewirtschaftung stattfindet, die zeigt, wie schwer sich diese rot-grüne Stadtregierung mit direkter Demokratie doch nach wie vor tut. Diese Stadt braucht aber, davon bin ich wirklich überzeugt, keine einfache Wahlrechtsreform oder keine einfache Novelle, sie braucht ganz dringend ein Demokratiepaket. Die Politikverdrossenheit ist so groß wie nie. Die Entfremdung zwischen der Politik, also uns, meine Damen und Herren, und den Menschen ist eine erschreckend große. Das darf uns, wenn wir ganz ehrlich sind, auch nicht wundern. Es gibt viele Anlässe dafür, dass die Menschen besorgt und vielfach verärgert sind.

Schauen wir nur einige Meter weiter ins Hohe Haus am Ring. Dort gibt es einen U-Ausschuss, der einerseits, und ich begrüße das ganz bewusst ausdrücklich, weiterarbeiten kann, der nicht abgedreht wurde, der es auch

geschafft hat, sozusagen einige schwarze Schafe an den Pranger zu stellen. Das ist gut so, völlig gleichgültig, woher sie kommen. Ich warne nur, vor Überheblichkeit zu sagen, das kann bei uns nie passieren, weil wenn man die Gelegenheit hat, und diese hat man für gewöhnlich in Regierungsverantwortung, dann kann man nicht für alle seine Menschen die Hand ins Feuer legen. Man sieht sehr oft, wie es zumindest bei kleinen Dingen, bei Postenschacher und so in eine Richtung geht, die auch zu Politikverdrossenheit Anlass gibt. Wir haben bei diesem U-Ausschuss leider Gottes Selbstdarsteller, die Selbstinszenierung wichtiger nehmen als wirkliche Aufklärung. Und wir haben, ich sage es auch ganz ehrlich, einen Bundeskanzler, der zwar irrsinnig gern aussagen würde, aber den leider niemand einlädt.

Wir haben ein Bundesland, das südlichste Bundesland unserer Republik, wo es sehr viel an Aufklärung und Aufräumarbeiten zu tun gibt.

Wir haben, und das möchte ich jetzt wirklich nicht gleichsetzen, auch in Wien das Problem, dass man bei 150 000 Unterschriften permanent in jeder Tageszeitung liest, wir nehmen die Unterschriften ernst. Nur wie sie ernst genommen werden, meine Damen und Herren, diese Erklärung bleiben Sie uns nachhaltig schuldig.

All diese Dinge sind dazu angetan, neue politische Gruppierungen auf den Plan zu rufen. Viele von Ihnen werden vielleicht gestern die Sendung „Im Zentrum“ gesehen haben, die sich mit einer dieser neuen Gruppierungen beschäftigt hat. Jetzt können wir vielleicht über solche Sendungen den Kopf schütteln, Häme walten lassen. Ich halte es lieber mit dem „profil“-Redakteur Sven Gächter, der in der aktuellen „profil“-Ausgabe einen bemerkenswerten Satz schreibt, nämlich: „Anders als sarkastische Beobachter haben die Strategen der etablierten Parteien keinen Anlass, sich über den Neuling im Ring lustig zu machen. Er steht als Beweis dafür, wie heruntergewirtschaftet sie, nämlich die etablierten Parteien“ - wir alle, meine Damen und Herren – „im Ansehen der Öffentlichkeit und der Medien mittlerweile sind.“ Ich fürchte, er hat recht. Darum sage ich noch einmal, wir müssen diese Stadt jetzt, wo wir die Chance mit dieser Novelle haben, mit der Möglichkeit für mehr Mitbestimmung fluten. Wir müssen das aktiv angehen und dürfen es nicht bei Lippenbekenntnissen belassen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Möglichkeiten dazu gibt es viele: Die oftmals angesprochene Abschaffung des mehrheitsfreundlichen Wahlrechtes: Alle drei Oppositionsparteien haben das unterschrieben. Ich glaube, es ist notwendig, dass man hier Klarheit schafft. Es kann nicht so sein, dass statt 45 Prozent nun 45,5 Prozent für eine absolute Mehrheit reichen. Nein, auch hier muss wirklich mit Demokratie geflutet werden!

Zweites Beispiel, und da kann ich gleich an den Kollegen Blind anschließen: Wahlrecht für Zweitwohnsitzer. Die GRÜNEN fordern jetzt immer das Wahlrecht für EU-Bürger auf Landesebene. (*GR Dipl-Ing Martin Margulies: Für Menschen, die hier wohnen!*) - Schon gut, aber sie fordern damit beispielsweise ein Wahlrecht für Studenten, die vielleicht ihr Studium hier absolvieren und dann

wieder weg sind. Bei Zweitwohnsitzern, die vielleicht ein halbes Leben, die ganzen Wochentage, hier verbringen, stehen Sie auf der Bremse.

Ganz ehrlich, wenn wir von einem Wahlrecht auf Landtagsebene reden, gibt es das in ganz Europa nicht. Schauen wir uns Deutschland an: Baden-Württemberg, dort gibt es kein Wahlrecht für EU-Bürger auf Landtags-ebene. Das ist ein Grün geführtes Bundesland in Deutschland. Dort ist man auf diese Idee nicht gekommen.

Ich kann ihnen durchaus versprechen, wir sehen derzeit dafür überhaupt keine Notwendigkeit. Wir erachten es als richtig, dass EU-Bürger in ihrer unmittelbaren Umgebung, im Bezirk, Mitsprachemöglichkeiten haben. Auf Landesebene soll das Wahlrecht Staatsbürgerrecht bleiben. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Wir fordern, und ich glaube, da sind wir in den Verhandlungen Gott sei Dank auf einem guten Weg, auch die Reform des Briefwahlrechtes, um hier von allen Seiten Missbrauch ein für alle Mal klar ausschließen zu können.

Wir fordern, und das ist mir persönlich ganz wichtig, eine Stärkung des Persönlichkeitswahlrechtes. Die Menschen verstehen es nicht mehr, wenn wir, alle Fraktionen, in welcher statutarischen Aufarbeitung auch immer, Kandidatenlisten erstellen, ohne die Menschen dabei mit ins Boot zu nehmen. Geben wir unseren Wählern die Möglichkeit, durch beispielsweise verstärktes Handhaben des Vorzugsstimmenwahlrechtes massiv an der Erstellung einer Liste am Wahltag in der Wahlzelle mitzuwirken.

Ich sage es Ihnen ganz ehrlich, meine Damen und Herren, vor allem von der Sozialdemokratie, das Einziehen von Hürden für Kleinparteien, das gezielte Abschaffen von Funktionen für Oppositionspolitiker, sei es auf Bezirks- als auch auf Landesebene, ist wahrscheinlich kein geeigneter Beitrag, diese Stadt demokratischer, offener und transparenter zu machen.

Was mich freut, ist, dass die beiden Klubobmänner der Regierungsparteien ein Petitionsrecht, endlich, nach vielen Jahren, in Aussicht gestellt haben. Das ist ein erster Anfang. Das ist noch viel zu wenig, meine Damen und Herren, aber ich gebe das durchaus gerne und offen zu, es ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Aber wir sollten weitergehen. Wir sollten keine Sorge haben, die Menschen einzubeziehen. Das grüne Wahlprogramm 2010 hat einen tollen Vorschlag, den ich gerne aufgreifen möchte. Wir haben jetzt auf Bundesebene sehr oft von Automatismen in der Bürgerbeteiligung gesprochen und man hat große Zweifel bei Automatismen in der Gesetzgebung. Ich bin zwar nicht immer dieser Meinung, aber ich verstehe die Sorgen und Ängste, die es da vielleicht auch gegenüber Populismus gibt. Aber bei dem grünen Wahlprogramm 2010 gibt es eine tolle Idee. Konkret bedeutet das, und ich zitiere jetzt, dass die Bevölkerung ein Gesetz, das ihr Missfallen erregt, mit Stimmenmehrheit ablehnen kann. Das heißt, „the other way round“, wenn die Menschen draußen, Bürgerinitiativen, Bürgerproteste, etwas nicht möchten, dass man hier aktiv werden kann.

Sie können das sogar sehr präzise abfolgen, wie Sie das handhaben wollen:

a) Eine Bürgerinitiative, die gleich viele Unterstützungserklärungen vorlegen kann, wie ein Gemeinderats-sitz bei der letzten Wahl wert war, also etwa 15 000 Stimmen, hat das Recht auf einen Initiativantrag im Gemeinderat.

b) Wird dieser Initiativantrag abgelehnt, können die Bürger mit etwa 30 000 Unterschriften ein Volksbegehren initiieren.

c) Scheitert auch dieses, können sie mit etwa 45 000 Stimmen die Abhaltung einer verpflichtenden Volksabstimmung beantragen.

Das finde ich großartig. Machen wir das! Trauen wir uns das! Stehen Sie vor allem auch zu dem, was Sie vor der Wahl gefordert haben, meine Damen und Herren von der Grünen Fraktion! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir brauchen aber nicht nur eine Demokratieoffensive. Wir brauchen auch eine Kontroll- und Verwaltungsreform. Ich sage immer wieder, die schlanke Stadt, der schlanke Staat, sind gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein Gebot der Stunde. Wenn wir uns die Frühpensionitis in dieser Stadt ansehen, wenn wir uns ansehen, dass wir noch immer keinen Subventionsbericht haben, wie es in anderen österreichischen Städten längst gang und gäbe ist, wenn wir uns den extrem notwendigen Abbau an Bürokratie ansehen, der noch vor uns liegt, wenn wir uns ansehen, wie dringend notwendig es ist, in vielen Bereichen Transparenz Einzug halten zu lassen, dann liegt noch sehr viel Arbeit vor uns.

Auch hier ein Zitat aus dem grünen Wahlprogramm 2010: „Das Stadtbudget ist mit seinen zirka 11 Milliarden EUR für Außenstehende absolut nicht nachvollziehbar. Milliardenbeträge aus ausgegliederten Bereichen scheinen gar nicht auf. Machen wir Wien auch beim Budget transparent.“ - Großartig, Herr Kollege Ellensohn! Wie machen wir das? Wir sind dabei! Stehen Sie zu Ihrem Wort! Stehen Sie zu dem, was Sie hier gesagt haben! Ergreifen wir, vor allem alle hier in diesem Saal, die Chance, Wien demokratischer, offener und transparenter zu machen, völlig unabhängig von parteipolitischem Kleingeld! – Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Ellensohn. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bin immer wieder begeistert von der Kindesweglegung, die hier von manchen betrieben wird. Die ÖVP distanziert sich derartig oft in Wien von der Rest-ÖVP, in Bezug auf Korruption oder auch das Wahlrecht, wenn ich das dann später noch ausführen darf, dass ich eigentlich sagen muss, alles leiwand, aber wenn man das ernst nimmt, dann müsste eigentlich die Wiener ÖVP geschlossen aus der Volkspartei austreten, die Partei in Wien neu gründen und mit irgendetwas Neuem antreten. Es ist eh gerade in, dass man neue Parteien nimmt. Aber ständig zu sagen, man hat mit den anderen nichts zu tun, und ich komme dann in Folge auf das Demokratieverständnis der Volkspartei, dort wo Sie zuständig sind,

weil die Forderungen sind immer nur dort, wo Sie nicht zuständig sind beziehungsweise wo Sie es nicht alleine machen können. *(StR Mag Manfred Juraczka: Sie sind jetzt hier zuständig!)*

Wir haben momentan Demokratie repressiv, Stromanach, alles Mögliche. Irgendjemand muss auch seriös arbeiten. Ich sage ganz ehrlich, ich habe mir vor 25 Jahren gar nicht gedacht, dass ich dann irgendwann als Grüner hier stehe. Da muss man als Grüner sagen, wir sind diejenigen, die ein Interesse daran haben, dass seriös gearbeitet wird, genau gearbeitet wird und nicht ausschließlich herumpolemisiert wird. *(StR Mag Manfred Juraczka: Das glauben Sie heute noch nicht!)* Das habe ich mir nicht erwartet. Jetzt ist es so. Das Leben ändert einen selbst manchmal und verändert sich rundherum.

Wahlrecht, Mitbestimmung: Am leichtesten zu überprüfen, was Parteien machen, ist doch dort, wo sie es alleine für sich beschließen können, wo sie keinen Partner, keine Partnerin brauchen, wo sie ganz alleine die Regeln machen, bei der eigenen Partei, einfach bei der eigenen Partei. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Herr Kollege, wir drei können auch!)*

Wer zum Beispiel wählt die einzelnen Leute, die hier sitzen? Wer wählt sie? Bei uns ist es einfach. Jeder Mensch, jeder Wiener, jede Wienerin, der beziehungsweise die bei uns Mitglied wird, wählt uns, so wie wir da sitzen. *(StR Mag Manfred Juraczka: Jedes Mitglied, aber nicht jeder Bürger!)* Alle Mitglieder der GRÜNEN, 100 Prozent Wahlrecht, alle gleich viel wert. *(StR Mag Manfred Juraczka: Aber nicht jeder Wähler, nur jedes Mitglied!)* Alle, die möchten, kommen zur Landesversammlung und wählen. Genau so wählen wir auch heuer unsere Nationalräte und Nationalrätinnen für den nächsten Nationalratsklub. Alle, die bei uns dabei sind, volle Rechte. Ist das so bei der FPÖ und der ÖVP? - Nein, so ist es nicht! Dort, wo Sie zuständig sind, zimmern Sie sich ein Wahlrecht, das genau das Gegenteil ist. Wirst du morgen ÖVP-Mitglied, darfst du dann mitstimmen, wer nächstes Mal kandidiert? - Natürlich nicht, weil das machen Sie sich irgendwie anders aus. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Es sind nicht alle gleich!)* Jedes Mitglied, und wir haben sogar noch einen Zusatzpassus, sie müssen nicht einmal Mitglied sein, es genügt Unterstützer, Unterstützerin zu sein. Das führe ich jetzt nicht genau aus. Das ist die noch niederschwelligere Möglichkeit. Aber wer wählt denn Sie, so wie Sie da sitzen? *(Abg Mag Wolfgang Jung: Sie sollen nicht ablenken!)* - Nein, das ist nicht ablenken, sondern ich teste das Demokratieverständnis, dort, wo Sie zuständig sind! *(Abg Mag Wolfgang Jung: Wie ist es mit der Unterschrift der Frau Vassilakou?)*

Nehmen wir die Wirtschaftskammerwahl, das wäre ein leichtes Beispiel. Wir haben heute ausreichend Zeit, uns mit dem Thema auseinanderzusetzen. Nehmen wir einmal die Wirtschaftskammer. Dort könnte die Volkspartei ein neues Wahlrecht einführen. Tut sie nicht, wird auch geklagt, ist unterwegs die Klage, die die GRÜNEN gegen das Wahlrecht eingebracht haben. Ich mache nur ein paar Abweichungen. Die Texte sind ja Legion, die offenen Kuverts, die eingesammelt werden. Dort ist der Wahlbetrug tatsächlich Bestandteil der Wahlordnung.

Das muss man tatsächlich so formulieren. Die Wiener Landessparte Transport und Verkehr, ich greife nur eine heraus, eine einzige. Dort hat man eventuell zu hundertneunt, Taxler und Taxlerinnen, die Möglichkeit, ein Mandat zu wählen, das dann am Ende gleich viel wert ist für die nächste Ebene. Oder aber bei den Schienenbahnen kann man schon zu zehnt ein Mandat wählen. Oder man ist bei den Seilbahnen. Da gibt es nicht viel. Dort muss man nur alleine hingehen, weil es nur einen Wahlberechtigten gibt, der sich selbst wählt und auch ein Mandat hat. 109 Taxler, Taxlerinnen, 1 Mal die Seilbahn. Das ist ein Wahlrecht, das sagen eh alle, wo es nicht einmal eine Ordnung dazu gibt, sondern da gibt es nicht einmal einen Rechtsgrundstand. Da gibt es nur ein Verfahren. Das ist so üblich und wird so zugeteilt. So formuliert man offensichtlich Regeln, wenn man alleine zuständig ist, wenn man zur Volkspartei gehört. Das muss man schon auch ernst nehmen.

Ich nehme ernst, dass wir ein Wahlrecht brauchen, und das ist meine Position, ich hätte gerne ein Wahlrecht, ich sage Ihnen sogar, das ist meine persönliche Position, das in der Nähe des holländischen Wahlrechts ist. Dort hat es 150 Mandate. Einhundertfünfzigstel der Menschen wählen die Partei und sie sitzen drinnen. Also das ist auch keine Fünf- und keine Vierprozenthürde, sondern viel weniger. Das ist meine persönliche Meinung. Dagegen gibt es viele Argumente, bei den GRÜNEN und bei anderen, nämlich unregierbar, zu viele Parteien. In Holland sind es momentan elf. Das geht hin bis zu einer Veränderung des Wahlrechtes, wo dann Hürden sind, Vier- oder Fünfprozenthürden. Das geht weiter, wo dann Einzelne in Österreich zum Beispiel das Mehrheitswahlrecht fordern.

Wer fordert denn in Österreich das Mehrheitswahlrecht? Alle werde ich Ihnen nicht vorlesen können. Nehmen wir ein paar: Karl Blecha, Erhard Busek, Franz Fischler, Heinrich Neisser, Josef Pröll. Eine ganze Menge, eine ganze Batterie von ehemaligen Politikern. Politikerinnen sind es. Da gibt es einen Aufruf über Seiten, kleingeschriebene Namen. Es sind drei Frauen dabei. Es scheint tatsächlich das Begehren von Männern zu sein, dieses Mehrheitswahlrecht einzuführen. Jedenfalls sind da nahezu ausschließlich Vertreter, früher hat man gesagt, der Großparteien, der Bundesregierungskoalition ÖVP und SPÖ, eine ganze Menge. Dieses Mehrheitswahlrecht ist dann wirklich das Gegenteil dessen, was ich haben möchte. Das fordern ganz viele. Schauen Sie, ob Sie Ihre eigenen Leute überzeugen können, weil das droht irgendwann zu kommen. In Wien ist das auch für die Volkspartei, glaube ich, nicht so zuträglich, wenn ein Mehrheitswahlrecht eingeführt wird. Es könnte sein, dass dann Ihre und unsere Fraktion sehr klein in diesem Haus vertreten sind.

Das kommunale AusländerInnenwahlrecht wird immer hin- und hergerechnet mit denen, die hin und wieder hier wohnen. Die ÖVP geht auch so weit, dass sie ein Wahlrecht für Leute in Wien fordert, die schon lange nicht mehr in Wien wohnen. Das habe ich nämlich gar nicht verstanden. Wenn jemand aus Wien auswandert - ich habe jemanden in meiner Verwandtschaft - und dann

zehn Jahre in der Schweiz oder in Australien wohnt, ist er hier wahlberechtigt. Aber Menschen, die hier wohnen und da ihre Kinder in die Schule schicken, arbeiten gehen, Straßenbahn fahren und so weiter, sind dann nicht wahlberechtigt. Das aktuelle Wahlrecht schließt mehrere Hunderttausend Menschen vom Wahlrecht in Wien aus.

Das Entscheidende beim Wahlrecht ist zuerst schon einmal, wer überhaupt wählen darf. Das ist noch, bevor man die Bewertung vornimmt. Wer darf wählen? Welche Altersgruppen? Welche Geschlechter? Es war ja nicht immer so, aber seit 100 Jahren dürfen Männer und Frauen wählen. Mittlerweile sind auch 16-Jährige wahlberechtigt. Die nächste große Frage und der nächste große Demokratieschub ist: Nehmen wir alle Menschen, die hier wohnen, ernst und dürfen sie mitwählen? Beim Petitionsrecht übrigens, nicht nur Staatsbürger, Staatsbürgerinnen, nicht nur EU-BürgerInnen, sondern auch Drittstaatsangehörige. Alle, weil es alle betrifft, wenn ein Park gebaut wird, eine U-Bahn umgestellt wird, eine Schule irgendwo hinkommt. Das betrifft halt alle, die in Wien wohnen. Nicht so sehr trifft es diejenigen, die vor zehn Jahren nach Australien ausgewandert sind. Da verstehe ich Ihr Wahlrechtssystem nicht. Ich weiß auch nicht, wovor Sie sich fürchten. In Europa ist das üblich. Ich könnte Ihnen jetzt das kommunale AusländerInnenwahlrecht in Europa aufzählen: Dänemark 1974, Schweden 1975, Finnland 1976, Irland 1974, Holland 1985. Überall gibt es das.

Es gibt ganz wenige Städte in Europa, in denen das Wahlrecht für die EU-BürgerInnen noch nicht ist. Das sind Berlin, Bremen, Hamburg (*Abg Armin Blind: Alles Länder, Herr Kollege! Stadtstaaten!*) und Wien. In allen anderen schönen Städten, Paris, London, Stockholm, und wie sie alle heißen, Rom, Madrid, Barcelona und überall, dürfen Sie, wenn sie dorthin auswandern und ein paar Jahre dort wohnen, mitstimmen. Das hätten wir gerne in Wien. Dafür kämpfen wir in Wien.

Ich habe jetzt leider den Ausführungen von StR Juraczka nicht entnehmen können, ob die ÖVP der Meinung ist, dass EU-BürgerInnen in Wien wahlberechtigt sein sollen oder nicht. Sagen wir es anders, weil ich höre beide Positionen aus der Volkspartei. Aber das macht nichts. Man muss nicht immer gleich von Anfang an bei einer Diskussion festgelegt sein. Aber könnte nicht die ÖVP einen Vorstoß bei der Bundes-Volkspartei machen, solange sie noch in dieser Zahl im Nationalrat sitzt und versuchen, dort gemeinsam mit SPÖ und GRÜNEN das absolut wasserdicht zu machen? Ich gebe zu, es ist eine umstrittene Rechtsentscheidung. Für Drittstaatsangehörige ist es nicht möglich. Es ist eine grüne Position für Drittstaatsangehörige. Das geht nicht. Bei den EU-BürgerInnen gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen. Aber die unterschiedlichen Rechtsauffassungen wären schnell ausgeräumt, wenn die Volkspartei den Schritt ins 21. Jahrhundert macht und nicht wie in der Bildungs- und Verkehrspolitik auch da Retropolitik macht und weiterhin von irgendwelchen Proporzregierungen träumt. (*Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Wer hat den Notariatsakt unterschrieben?*)

Wir haben einen Vorstoß gemacht. Wir haben als

GRÜNE und SPÖ gemeinsam einen Vorstoß gemacht, Abschaffung der nichtamtsführenden Stadträte und Stadträtinnen und Reduzierung der 46 stellvertretenden BezirksvorsteherInnen auf die Hälfte, auf 23. Der klassische Proporz, den es gegeben hat oder immer noch in der Landesregierung gibt, den es auch in Niederösterreich gibt. In Niederösterreich haben zwei Parteien versucht, diesen Proporz abzuschaffen, die ÖVP und die GRÜNEN. In Wien probieren zwei Parteien, den Proporz abzuschaffen, die GRÜNEN und die Sozialdemokratie. (*Heiterkeit bei Abg Mag Wolfgang Jung.*) Was dabei auffällt - es fällt auch dem Herrn Jung auf -, ist, die GRÜNEN sind beide Male dabei gewesen, sind aber das eine Mal in Niederösterreich in Opposition und da in der Regierung. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Dort, wo Sie nichts zusammenbringen, sind Sie dafür!*) Für die Abschaffung des Proporz und der nichtamtsführenden Stadträte waren wir auch, als wir die Funktion inne hatten, schön stringente Diskussion. Als Maria Vassilakou nichtamtsführende Stadträtin war, war sie der Meinung, dieser Proporz gehört abgeschafft. Als ich nichtamtsführender Stadtrat war, war ich der Meinung, der Proporz gehört abgeschafft. Das kann man alles in Interviews nachlesen. (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Ein bisschen anders war das schon!*)

Und jetzt höre ich bei ÖVP und FPÖ, den Proporz müssen wir unbedingt halten, weil das sind ja ihre Funktionen. Das ist auch ein Demokratieverständnis, aber nicht meines. Ich glaube, es gibt entweder Alleinregierungen oder Koalitionen, die regieren, und die anderen machen die Oppositionsarbeit, wenn sie die Oppositionsarbeit denn machen wollen. Diesen Vorstoß können wir leider auch wieder nicht alleine machen, weil wir für die Abschaffung der nichtamtsführenden StadträtInnen eine Zweidrittelmehrheit auf Bundesebene brauchen. Das blockieren sowohl die Freiheitlichen als auch die Österreichische Volkspartei, weil sie an dem Job hängen. Das könnten Sie sich auch einmal überlegen, ob Sie das tatsächlich so meinen. Sind sie für die Einführung des Proporz in allen Bundesländern? Es haben ja doch einige geschafft, das abzuschaffen. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Herr Kollege, wer hängt an Green Jobs?*) Sind sie der Meinung von Herrn Pröll in Niederösterreich, der gerade Wahlkampf führt und der Meinung ist, das soll es nicht geben? Nämlich hier auch nicht. Er hätte das auch gern abgeschafft. Oder haben Sie da eine singuläre Meinung innerhalb der Volkspartei, die heißt, in Wien brauchen wir den Proporz, weil sonst kommen wir nie in die Landesregierung, also wollen wir wenigstens nichtamtsführend in der Regierung sitzen?

Ich persönlich bin nach wie vor der Meinung, dass man dafür kämpfen muss, dass alle Stimmen auf allen Ebenen, wo immer Wahlen stattfinden, gleich viel wert sind. Ich muss zur Kenntnis nehmen, dass das hundertprozentig umgesetzt ist genau bei einer Wahl, wo wir alle zuständig sind, das ist die grüne Landesversammlung, die am 21. Oktober stattfindet. Dort sind alle wahlberechtigt. (*Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Und beim Bundespräsidenten auch!*) Alle anderen machen Regeln, wie sie halt besser passen. Da ist man halt gegen den Proporz

in Niederösterreich, wenn man selbst den Landeshauptmann stellt, ist dann hier anderer Meinung. Das gilt auch für andere Parteien, die unterschiedliche Positionen quer über Österreich haben. Wir haben überall die gleiche Position.

Wir haben in Wien, und das ist dankenswerterweise sogar bei der Rede von Herrn Juraczka eingeflossen, das Petitionsrecht neu eingeführt. Der Stadtrechnungshof kommt mit neuen Kontrollrechten. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist ein Ablenken!)* Wir werden dafür kämpfen, dass die EU-BürgerInnen das Wahlrecht erhalten. Es wird insgesamt ein neues Wahlrecht geben. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Wann denn?)* Wir sind immer dazu gestanden, dass wir gesagt haben, eine starke Förderung für die stärkste Partei wollen wir nicht. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Just do it!)* Das ist ein ganz einfacher Satz. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Machen Sie es!)* Und jetzt sage ich in aller Deutlichkeit, ich habe keine Koalition mit der ÖVP und der FPÖ und ich bin auch dankbar dafür, dass ich das nicht habe. Wir GRÜNE haben eine Koalition mit der SPÖ. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Es gibt eine Vereinbarung zwischen uns!)* - Diese haben Sie nicht einmal unterschrieben. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie auch nicht! Trotzdem gilt sie für uns!)* Das ist das nächste Verständnis. Wir haben da momentan gerade die Demokratiediskussion, ob einer sagen darf, was der Rest macht. Sie sagen natürlich Ja. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Bei Ihnen gibt Vassilakou den Ton an!)* Das verstehe ich ja aus Ihrer Sicht. Bei ihnen ist es einfach. Der Herr Strache sitzt nicht einmal in diesem Haus, aber es ist für Sie alle klar, wenn er pfeift, müssen Sie hüpfen! Es ist ja okay! Es ist ja nicht mein Problem! Das ist nicht mein Problem! *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist ein griechisches Chaos bei Ihnen, eine griechische Tragödie!)* Maria Vassilakou, ich, alle anderen Grünen sind der Meinung, ein Wahlrecht ist dann am gerechtesten, wenn es ganz nahe daran herankommt, dass jede Stimme gleich viel zählt. Das ist das Ziel. Gleichzeitig kämpfen wir dafür. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Paktuntreue ist das! Wählerverrat!)*

Noch einmal, noch wichtiger finde ich, und ich wiege das sogar so ab in der Deutlichkeit, am brutalsten ist es, Leuten das Wahlrecht zu entziehen oder es ihnen nicht zu geben, Nullwahlrecht. FPÖ und ÖVP stehen für Nullwahlrecht für über hunderttausende EU-BürgerInnen. Das ist tatsächlich ein demokratiepolitisches Foul. Es geht sich nicht aus, dass alle hier hereinkommen können. Sie können nicht einmal alle ins Stadion gehen. Wir müssen alle Wiener Stadien vollmachen und dann können wir mit den Leuten reden und sagen, sie können alle nach Hause gehen und sind nicht wahlberechtigt. Das muss man sich einmal vorstellen. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Aber sie erhalten alle Sozialleistungen!)*

Herr Juraczka, ich hab es vorher ausgeführt, als sie kurz nicht am Platz waren *(StR Mag Manfred Juraczka: Ich habe es gehört!)*, aber im Raum, Sie könnten das ändern, aber Sie wollen es nicht ändern. Sie wollen nicht, dass alle Leute wahlberechtigt sind, die hier wohnen. Sie wollen das nicht! *(Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger:*

Sie wollen das Verhältniswahlrecht!) Wir könnten das gemeinsam machen. Da gibt es von Rot-Grün Vorstöße auf Bundesebene, wie wir das haben wollen.

Ich fasse zusammen, während Grün für Petitionsrecht ist und die SPÖ und die GRÜNEN das gemeinsam eingeführt haben, während wir den Stadtrechnungshof neu aufgestellt haben, die BürgerInnenbeteiligung ausbauen *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist schon schwer!)*, sind Sie in Wien weiterhin für den Proporz und wollen weiterhin die nichtamtsführenden Stadträte. Das ist sehr schade! Von der FPÖ habe ich mir nichts erwartet in der Frage. Besonders schade finde ich, dass sie weiterhin für ein Nullwahlrecht für hunderttausende Bürger und Bürgerinnen eintreten. Das wird man auch kommunizieren müssen. Schade, dass sich nicht diejenigen in der Wiener Volkspartei durchgesetzt haben, die in diesem Bereich offener geklungen haben. Es scheint eine Frage zu sein, die in der Volkspartei nicht eindeutig geklärt ist. Schade, dass es auch in diesem Bereich weiterhin, wie in anderen Bereichen, Retropolitik gibt. Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass alle unsere Stimmen, nicht nur bei der grünen Landesversammlung, gleich viel wert sind, sondern wo immer Grüne und andere Menschen wahlberechtigt sind, möchten wir, dass jeder Mensch gleich viel zählt. Dafür kämpfen wir GRÜNE! Dafür setzen wir uns ein! - Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dr Stürzenbecher zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Kurt **Stürzenbecher** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich wollte an sich meine Rede damit einleiten, dass ich den Initiatoren der Sitzung dafür danke, dass wir heute die Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren, dass wir unser hohes demokratiepolitisches Niveau noch weiter verbessern wollen und dass wir weiter Schritte setzen wollen, um die Bürger noch mehr einzubinden, musste dann aber feststellen, und es war nicht wirklich überraschend, dass die FPÖ schon im Vorfeld dieser Debatte und auch in der Debatte selbst wieder zu Terminologien und Stilmitteln gegriffen hat, die außerhalb jeder Diskussion sind.

Die FPÖ wirft Rot-Grün vor, dass sie Despoten seien und weiter, dass es in Wien nur eine Scheindemokratie gäbe. Also, die, die so weit weg sind von einem demokratischen Grundkonsens, können sich nicht erwarten, dass man mit ihnen demokratisch normal diskutiert. Es sind diese Vorwürfe auf das Schärfste zurückzuweisen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Das ist eigentlich ungeheuerlich, und man zweifelt ja tatsächlich - ich muss es jetzt wirklich sagen - am Verstand der Personen, die das sagen. Jetzt gehen wir es einmal durch.

Scheindemokratie: Was ist eine Scheindemokratie? Als Scheindemokratie würde ich zum Beispiel Weißrussland einschätzen, wo man jetzt Wahlen hatte, die Scheinwahlen waren, wo alle Oppositionellen einge-

sperrt, gefoltert, geknechtet werden und wo eine herrschende Partei, ein Präsident Scheinwahlen durchführen lässt. Das ist eine Scheindemokratie.

Als Despotie würde ich zum Beispiel Syrien bezeichnen, wo die Opposition mit Gewalt, mit Waffengewalt auf das Grausamste niederkartätscht wird. So bezeichnen würde ich Nordkorea, so bezeichnen würde ich Simbabwe. Das sind Despotien.

Also diese Terminologie hier in Wien, hier in Österreich einzuführen, wo wir seit 1945 unbestreitbar ein funktionierendes demokratisches System haben, das beweist, dass diejenigen, die diese ungeheuerliche Terminologie verwenden, sich ja praktisch außerhalb des demokratischen Systems bewegen! Und dass sie nicht in der Lage sind, demokratische Debatten durchzuführen, wie man - und das ist durchaus möglich - unser demokratisches System noch demokratischer machen könnte.

Also noch einmal: auf das Schärfste eine Zurückweisung dieser ungeheuerlichen Anwürfe, die beispiellos sind! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Wir sind seit April/Mai 1945 ein demokratischer Staat! Wir haben unsere Fehler, wir lernen immer dazu, und wir werden immer noch besser. Aber für manche war eben 1945 nicht das Jahr und waren April/Mai nicht die Monate der Befreiung, und damit haben sie anscheinend nach wie vor innerlich zu kämpfen.

Jetzt aber auch zum Tagespolitischen, weil die FPÖ ja glaubt, sie könnte uns irgendwie Lehren über mehr Demokratie erteilen. Da ist schon auch zu sagen: Dort, wo die FPÖ - und FPK ist gleich FPÖ - an der Macht ist, sieht man das ja! Acht Mal schon mussten in Kärnten die Freiheitlichen, nein, mussten sie nicht, sondern wollten sie und sind sie ausgezogen aus dem Landtag, um den erklärten Mehrheitswillen des Landtages, nämlich Neuwahlen herbeizuführen, zu unterminieren. Das ist schon erstaunlich und ist bedeutend für die Einschätzung dieser Partei, der FPÖ und der FPK.

Genauso ist es ganz offenkundig, dass die Mehrheit der Kärntnerinnen und Kärntner ganz überwiegend sofortige, rasche Neuwahlen will. Die FPK/FPÖ verhindert das!

Es ist auch vollkommen falsch, wenn man sagt - da ist irgendein Vergleich gekommen mit einem Auszug von einigen Abgeordneten im Nationalrat, mit dem sie herbeiführen wollten, dass genau der Mehrheitswille durchkommt. In Kärnten ist es so, dass der Mehrheitswille verhindert wird durch die FPK und dass deshalb keine Neuwahlen möglich sind. Das ist eine Schande für dieses Land und ist auch schärfstens zurückzuweisen.

Als Nächstes: Kärnten ist ja überhaupt interessant. Ich meine, ich wollte jetzt nicht zu viel über dieses Land reden, aber auch das Wahlrecht ist natürlich so, dass man dort vier Wahlkreise hat und dass man keineswegs sicher sein kann, mit 5 Prozent im Landtag zu sein, sondern es ist wesentlich minderheitenfeindlicher als alle anderen acht Landeswahlordnungen in Österreich und die Nationalratswahlordnung. Das muss man auch dazu sagen.

Vorschläge der dortigen SPÖ, das zu verbessern, wurden von FPÖ, FPK oder damals vielleicht noch BZÖ

abgelehnt. Das sei klar einmal gesagt zu dem, was die FPÖ gesagt hat.

Ich muss auch sagen, dass ich wirklich froh bin, dass wir in der ÖVP und in dem Debattenbeitrag von Herrn Abgeordnetem oder in diesem Fall Stadtrat Juraczka einen grundsätzlich anderen Ton haben. Auch hier sind sehr viele inhaltliche Unterschiede vorhanden, darüber können wir streiten und können wir diskutieren. Aber das ist eine faire und offene Debatte, wie sie in einer Demokratie zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger sein sollte.

Vieles von dem, was Herr StR Juraczka sagt, entspricht nicht meiner Meinung. Vieles entspricht schon unserer Meinung, und wir werden natürlich schauen, dass wir bei einer Wahlrechtsreform, bei einem Wahlrechtspaket eine möglichst große Mehrheit herbeiführen, weil es natürlich besser ist, wenn man das mit einer großen Mehrheit, nicht mit einer knappen Mehrheit beschließt. Deshalb sind auch durchaus Fragen wie zweiter Stellvertreter, nichtsamtsführende Stadträte, 5 Prozent auf Bezirksebene auf dem Tisch, aber man wird unter dem Gesichtspunkt „Wie kann man eine größtmögliche gemeinsame Mehrheit erreichen?“ darüber auch weiter diskutieren. - Das einmal dazu.

Dann möchte ich noch einmal daran erinnern, was natürlich die Grundlage unserer demokratiepolitischen Debatte ist. Das ist im Übereinkommen der Regierung festgelegt: Ziel ist ein modernes Verhältniswahlrecht! Das heißt, das ist eine ganz klare Zielsetzung. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Was ist das? Können Sie uns erklären, was das ist?*)

Die Briefwahl muss das direkte, geheime Wahlrecht schon sicherstellen, und so weiter. Und weiters noch der Punkt mit den EU-BürgerInnen und die Konkretisierung der Vorhaben durch eine Arbeitsgruppe Wahlrechtsreform, die es ja längst gibt.

Was mich schon ein wenig stört - aber das ist im Rahmen dessen, was man sozusagen als Polemik und normale demokratische Debatte durchaus hat -, ist, dass man dieses geringfügig mehrheitsfördernde Element in Wien derart überbewertet. Und wenn man da in Richtung undemokratisch oder scheidemokratisch argumentiert, dann ist es natürlich unerträglich!

Da möchte ich schon noch einmal - ich habe es an sich nicht vorgehabt, ich habe gedacht, es ist jetzt schon oft genug gesagt worden - ein wenig doch politologische Vergleiche mit anderen Demokratien führen. Das mache ich gar nicht so gerne, weil es Zeit kostet, aber es ist leider notwendig.

Wir haben in der Europäischen Union die Mehrheit der Bürger, die in Ländern leben, die entweder ein Mehrheitswahlrecht haben oder ein Verhältniswahlrecht mit deutlich mehrheitsfördernden Elementen, schon deshalb, weil das auch die größten Staaten sind. Ich glaube nicht, dass man sagen kann, dass diese Länder weniger demokratisch oder scheidemokratisch wären. Ich sage jetzt nicht, dass wir das anstreben. Aber wenn man vielleicht einmal einige aufzählt:

Italien hat ein System, wo das stärkste Wahlbündnis - im Wesentlichen gewinnen dort Wahlbündnisse - automatisch 340 von 630 Mandaten hat, und der Rest be-

kommt 280. Es ist also theoretisch möglich (*Abg Mag Wolfgang Jung: Da hat Berlusconi ...*), dass man mit 40 Prozent die absolute Mehrheit hat. Das wollen wir an sich nicht. Aber kein Mensch sagt, dass deshalb Italien kein demokratischer Staat wäre.

Polen, ein sehr erfolgreicher Reformstaat (*Abg Mag Wolfgang Jung: Griechenland ist auch sehr modern ...*), hat ein sehr kompliziertes Verhältniswahlrecht mit sehr deutlichen Mehrheitswahlelementen.

Slowenien hat ein Verhältniswahlrecht mit deutlichen Mehrheitswahlelementen.

Ungarn, das Ihnen ja besonders gefällt: Der dortige Regierungschef hat mit 52 Prozent der Stimmen mehr als zwei Drittel der Mandate und konnte deshalb die Verfassung so ummodellieren, dass wirklich nicht mehr viel von Demokratie perspektivisch da sein könnte. Aber das gefällt Ihnen ja! Da habe ich noch nie einen Protest von Seiten der FPÖ gehört. - Also absolut ein gemischtes Wahlrecht mit ganz starken Elementen des Mehrheitswahlrechtes.

Spanien hat ein sehr verstärktes Verhältniswahlrecht mit deutlichen Elementen des Mehrheitswahlrechtes, ebenso Portugal.

Dann Frankreich als Land, wo die Französische Revolution ja mit dazu beigetragen hat, dass die Demokratie sich in Europa überhaupt erst durchsetzt und ihre Grundlagen hat (*Abg Mag Wolfgang Jung: Meinen Sie damit die Guillotine?*), hat ein Mehrheitswahlrecht, das sogenannte romanische Mehrheitswahlrecht, das sich dadurch auszeichnet, dass man im ersten Wahlgang in Einer-Wahlkreisen die absolute Mehrheit haben muss. Im zweiten Wahlgang dürfen nur die teilnehmen, die mindestens 12,5 Prozent der Wahlberechtigten im ersten Wahlgang hatten, und dort zählt dann die relative Mehrheit.

Großbritannien als durchaus außerordentlich lange, traditionsreiche Demokratie hat ein reines Mehrheitswahlrecht.

Deutschland und Litauen haben eine Stimme mit Mehrheitswahlrecht, die zweite gleicht das weitgehend aus, und Malta ähnlich.

Also wenn man jetzt die Wahlberechtigten in den Ländern zusammenzählen würde - ich sage es noch einmal -: Die Mehrheit der EU-Europäer lebt in einem System mit Mehrheitswahlrecht oder mit mehrheitsfördernden Elementen. Jetzt herzugehen und zu sagen, das ist alles schein-demokratisch oder nicht demokratisch, ist einfach absurd!

Man sei noch daran erinnert, dass die stärkste Demokratie der Welt, die USA, ein Mehrheitswahlrecht hat und dass die größte Demokratie der Welt, Indien, ebenfalls ein Mehrheitswahlrecht hat.

Also alle diese Länder, die ich jetzt aufgezählt habe und die gute Demokratien sind - es wäre äußerst arrogant, sie herabzuwürdigen -, haben Elemente, die um vieles weiter mehrheitsfördernd sind als unser sehr geringfügiges Mehrheitswahlrecht, weil wir ja auch nach Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes ein proportionales Wahlrecht in Wien haben.

Was ich jetzt ausdrücken will, ist: Dies immer irgend-

wie als undemokratisch darzustellen, ist einfach ein Blödsinn! Man kann sagen, wir wollen es nicht, denn wir hätten in einem anderen Wahlsystem die Chance auf ein, zwei Mandate mehr. Das ist legitim, denn es wird ja auch nicht eine Partei begünstigt, die SPÖ, sondern geringfügig die stärkste Partei. Das muss auch einmal gesagt werden. (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Zufällig ist das die SPÖ!*)

Da sich aber von den Oppositionsparteien nie in den nächsten 50 Jahren jemand zutraut, stärkste Partei zu werden, ist es legitim, dass man sagt: Wir wollen das nicht! Genauso können wir sagen: Wir orientieren uns nicht an einem Mehrheitswahlrecht, schon nicht wegen unseres Koalitionspartners und unseres Koalitionsübereinkommens, aber wir orientieren uns an einem modernen Verhältniswahlrecht, wie wir es festgeschrieben haben. Das wird auch große Zustimmung finden! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Damit haben wir dieses Thema jetzt hoffentlich einmal abgehandelt. Wobei noch einmal dazukommt, dass der Kollege Klubobmann der Freiheitlichen, Gudenus, gesagt hat, die letzte Wahl, wo wir die absolute Mehrheit hätten, hätten wir sonst nicht gehabt. Auch dort war es zum Beispiel so, dass wir 49 Prozent der Stimmen hatten, und die restlichen drei Parteien, die auch im Gemeinderat vertreten waren, zusammen 47,5 Prozent. (*Abg Nurten Yilmaz: Ja!*)

Es wird nämlich auch immer vergessen, dass es durch die 5-Prozent-Klausel, die natürlich als Klausel weitgehend unbestritten ist, auch eine gewisse Mehrheitsförderung gibt, die oft sogar stärker als das andere Element ist. Außer dem Klubobmann Ellensohn, dessen persönliche Meinung es war, dass man es so wie Holland machen will, gibt es wenige, die der Auffassung sind, dass man eine Klausel dieser Art nicht haben soll. - Also das auch noch hinzugefügt.

Gut, jetzt haben wir dieses Thema noch einmal ausführlich behandelt. Ich wäre sehr froh, wenn wir auf dieser fairen Ebene, wie es von ÖVP und GRÜNEN durchaus gekommen ist, weiterdiskutieren würden.

Was das kommunale Ausländerwahlrecht betrifft, will ich nicht viel Neues sagen, weil ich weiß, dass es in dieser Periode, fürchte ich, vergebliche Liebesmühe ist. Wir haben uns bestmöglich bemüht, wir haben es eingeführt. Der Verfassungsgerichtshof hat es anders gesehen. Wir brauchen eine Bundesverfassungsänderung, und dafür gibt es von Seiten der ÖVP wenig Zustimmung. Das ist bedauerlich. Wir werden es nach wie vor politisch betreiben.

Aber es ist auch eine Tatsache, dass es immerhin in Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Großbritannien, Irland, den Niederlanden, Portugal, Schweden, Spanien gewisse Formen des Zuwanderer- und Ausländerwahlrechts gibt, also über das EU-Wahlrecht hinaus. Wenn das bei uns derzeit nicht möglich ist auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im Bund, muss man das zur Kenntnis nehmen.

Was mich noch mehr ärgert, zur Kenntnis zu nehmen - inhaltlich ist aber beides gleich wichtig, muss ich natürlich sagen -, ist, dass sozusagen die ÖVP gegen das

Zuwandererwahlrecht ist. Da kann man noch sagen, sie haben eben taktische Motive und glauben, sie können dort - obwohl, 13 oder 12 Prozent, was ihr jetzt habt, würdet ihr dort vielleicht auch bekommen. Also ich weiß gar nicht, warum man sich so dagegen sträubt. Aber dass die ÖVP als insgesamt sicher pro-europäische Partei so gegen das EU-Wahlrecht auf Gemeinderats- und Landtagebene ist, ist wirklich bedauerlich! Das wollen wir weiter diskutieren, das ist unverständlich.

Das ist auch nicht nachvollziehbar, denn nur deshalb, weil wir Gemeinderat und Landtag in einem sind - was ja insgesamt gut ist und auch Kostenersparnisse bringt -, ist es so, dass wir auf Gemeinderatsebene, also auf der sehr wichtigen kommunalen Ebene, die EU-Bürger nicht mitbestimmen lassen können. Das ist bedauerlich, und ich trage noch einmal mein Ersuchen an die ÖVP heran, dass sie auf Bundesebene gemeinsam mit der SPÖ und den GRÜNEN, die sowieso auch dafür sind, eine Verfassungsänderung herbeiführt.

Man kann es auch so machen, dass in Wien - von mir aus machen Sie es in den anderen Bundesländern nicht -, dass die jeweiligen, was weiß ich, Landtage ermächtigt werden. Das könnten wir ja auch machen. Dann muss Niederösterreich das nicht einführen, dann muss es Kärnten nicht einführen, dann muss es Vorarlberg nicht einführen und auch nicht Oberösterreich, weil dort leider auch nur die SPÖ dafür ist. Aber es könnte dann Wien dieses EU-Wahlrecht einführen, das dazu führen würde, dass weit mehr - Herr Klubobmann Ellensohn hat es sehr gut ausgeführt - Bürgerinnen und Bürger Wiens mitbestimmen könnten. Das wäre gut so, wenn die EU-Bürger stärker mitbestimmen könnten, weil sie ja auch hier leben, hier arbeiten, Steuer zahlen, ihre Kinder in die Schule schicken und Straßenbahn fahren. (*Beifall von Abg Nurten Yilmaz.*) So gesehen: ein herzliches Ersuchen an die ÖVP. Aber mehr können wir da auch nicht machen.

Das ist dieser Punkt. Ich habe noch ein bisschen Zeit, deshalb kann ich noch einige Punkte zur Wahlrechtsreform und zur Wahlrechtsarbeitsgruppe ausführen, die ja mehrmals getagt hat, teils koalitionsär, teils mit allen vier Parteien, und wo wir auch große Konsenspunkte erzielt haben bei der Senkung der Vorzugsstimmenzahl. Hier werden wir also, glaube ich, einvernehmlich die Anzahl der erforderlichen Vorzugsstimmen deutlich senken, um eben mehr dem Persönlichkeitswahlrecht näherzukommen.

Wir werden bei der Briefwahl endlich - was von Haus aus nie glücklich war, dass das so eine lange Frist ist (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Sie haben es eingeführt, Kollege!*) - eine Lösung finden, die dazu führt, dass es sicher ist. Obwohl die Briefwahl - hier kann man auch wieder sagen, dass man immer dazulernen kann. Die Sozialdemokratie war über Jahrzehnte sehr skeptisch zur Briefwahl, mit guten Gründen. Wir müssen aber auch sagen, wenn man es sehr wasserdicht macht, hat das sicher mit dazu beigetragen, dass entgegen dem Antrag von der FPÖ, in dem es heißt, die Wahlbeteiligung wird immer niedriger, diese letztes Mal von knapp 60 wieder auf 66 Prozent hinaufgegangen ist. Da sieht man also,

dass man auch in der Wahlrechtsdebatte eben dazulernen soll, dass man nicht einen einmal eingenommenen Standpunkt ewig beibehalten soll und dass man dadurch die Wahlbeteiligung erhöhen kann.

Vorzugsstimmen - habe ich gesagt. Briefwahl: Frodl-Urteil umsetzen, ist juristisch sowieso notwendig.

Vorwahltag im Bezirksamt: Darüber kann man reden. Es gibt auch die Meinung, dass man sagt, mit der Briefwahl sei sowieso erreicht, dass man jetzt quasi nicht mehr am Wahltag selber sein Kreuz machen muss. Aber da sind wir weiter gesprächsbereit und wird man auch prüfen müssen, inwieweit das, ohne dass man überall Wahlkommissionen einsetzen muss, überhaupt möglich ist.

Die Änderung der Mandatszuteilung habe ich erörtert. Die 5-Prozent-Hürde habe ich auch erwähnt. Vieles andere, was wir diskutiert haben, ist im Fluss, aber es scheint durchaus, dass wir einen Konsens erreichen könnten.

Auch das Petitionsrecht werden wir so ausgestalten, dass es sicher ein höheres Gewicht und eine höhere Substanz hat als auf Bundesebene. Auf Bundesebene hat es ein bisschen ein Schattendasein, auch deshalb, weil es naturgemäß nur auf eine Gesetzgebung ausgerichtet sein kann, was immer relativ schwierig ist, während wir bei uns, wenn es auch auf Vollzugsakte ausgerichtet ist, sicher ein gemeinsames Modell schaffen können, wo das Petitionsrecht noch mehr zur Bürgerbeteiligung beiträgt.

Ich muss ja dazusagen, mir gefällt das Wort Petitionsrecht überhaupt nicht. Denn die Petition war ursprünglich das, was der unterworfenen Bürger in der Monarchie quasi als Bittsteller gegenüber dem Herrscher erheischen wollte. Das ist nicht die moderne Terminologie. Wir nennen es deshalb, ich würde sagen, Bürgerinitiativenrecht, dass also ab, was weiß ich, 500 Stimmen ein dringendes Anliegen von BürgerInnen behandelt werden muss, fair behandelt werden muss, unter Einbeziehung der BürgerInnen behandelt werden muss. So gesehen, scheint mir das Bürgerinitiativenrecht dann sicher eine weitere wichtige Facette der Demokratie, nicht die einzige, nicht die wichtigste, aber eine weitere wichtige Facette der Demokratie.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich durchaus der Auffassung bin, dass wir in Wien einerseits ein hohes demokratisches Niveau haben, zweitens Unzufriedenheiten, die in der Bevölkerung da sind, von denen der Kollege Juraczka gesprochen hat, man ernst nehmen muss und wir uns bemühen sollen, denen durch noch bessere Politik und noch mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten entgegenzutreten, um sozusagen noch mehr Zustimmung zu erhalten.

Insgesamt, jetzt einmal die Politik als Gesamtes, ist man sicher noch ausbaufähig. Da möchte ich schon auch sagen, dass wir in Wien wirklich von allen Gebietskörperschaften teilweise eine Vorreiterrolle haben. Nur wir haben das Minderheitsrecht bei der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen/Untersuchungskommissionen, das haben die anderen alle nicht! Das hat nicht der Bund, was ich persönlich

bedauere, und das haben auch nicht die anderen Landtage, soviel ich weiß. Deshalb halte ich es für richtig, dass wir das eingeführt haben, zwar durchaus unter Mitwirkung der ÖVP, das sei auch erwähnt, aber beschlossen haben wir es dann, als wir eine absolute Mehrheit hatten. Aber die ÖVP hat es in der Periode vorher gemeinsam mitausgearbeitet, das sei der Fairness halber auch gesagt.

Wir haben jedenfalls das Minderheitenrecht bei Untersuchungsausschüssen. Wir haben eine demokratische Verwaltung - wie es sie in keinem anderen Bundesland gibt -, wo eben die Mandatare in den Ausschüssen Verwaltungshandlungen mitgestalten können, was sonst immer nur die Beamten machen. Wir haben sehr viele direkte Mitbestimmung der Bürger. Wir werden bei den Kontrollrechten weitere Ausbauten vornehmen, sei es eben durch das Kontrollamt, die Umbenennung allein ist es nicht, sondern auch die dann besseren Rechte. Und natürlich auch die Petitionen!

Ich meine also, dass wir uns als Wiener einerseits durchaus nicht verstecken müssen mit unseren demokratischen Rechten, dass wir aber immer noch besser werden können, dass wir immer noch mehr darauf schauen, wie wir diese Stadt noch demokratischer gestalten. Dafür hoffe ich, dass uns ein Wahlrechtspaket gelingt, das eine möglichst große Mehrheit hat. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. - Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg Dr Ulm. Ich erinnere daran, dass die Redezeit ab jetzt mit 15 Minuten begrenzt ist.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das war jetzt schon eine kleine Meisterleistung, die da die Kollegen Stürzenbecher und Ellensohn geliefert haben! Denn da gibt es seit Mai, Juni ein einziges demokratiepolitisches Thema, das Thema in dieser Stadt schlechthin, nämlich die Volksbefragung zum Parkpickerl, und sie finden es nicht der Mühe wert, mit einem einzigen Wort darauf einzugehen. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)* Da kann man natürlich schon ein bisschen was daraus ableiten zu ihrem Demokratieverständnis.

Ich komme jetzt natürlich sofort zu dieser Volksbefragung zum Parkpickerl. Sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ und von den GRÜNEN, es tut mir ja leid, mich so ausdrücken zu müssen, aber es gibt kein anderes Wort dafür: Dass Sie diese von den Bürgern verlangte Volksbefragung nicht machen, ist eine Schande! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)* Eine Schande für Sie, aber auch für Wien und für die Demokratie und die Politik in diesem Land.

Dass Sie die Volksbefragung nicht machen, ist kein Kavaliersdelikt, es ist erschütternd! Denn Sie verlassen die bisher von den Parteien geübte politische Kultur. Bisher dachte ich mir eigentlich, es gibt so etwas wie Grundprinzipien in der Politik und einen Grundkonsens zwischen den Parteien in gewissen Dingen. Zum Beispiel, dass man eben alle fünf Jahre wählt, dass korrekt gewählt wird, dass Wahlergebnisse akzeptiert werden,

dass man auch akzeptiert, wenn einmal der andere gewinnt, dass man demokratisch gekommene Mehrheiten anerkennt.

Sie akzeptieren einfach nicht, dass eine Volksbefragung stattfinden muss, wenn sie genügend Bürger verlangen. Sie akzeptieren nicht den politischen Erfolg der anderen, wenn es gelingt, über 100 000 Unterschriften zu sammeln. Und Sie akzeptieren nicht eine absehbare Niederlage als Ergebnis einer durchzuführenden Volksbefragung.

Sie, sehr geehrte Damen und Herren von SPÖ und GRÜNEN, beugen das Recht! Sie messen mit ungleichem Maß. Sie sagen, eine Frage nach der Ausdehnung von Kurzparkzonen ist unzulässig, die Frage nach einer City-Maut aber zulässig. Sie interpretieren den wortidenten Gesetzestext von Gemeindeabgaben, Entgelten und Tarifen in § 104 und § 112a der Wiener Stadtverfassung unterschiedlich, je nachdem, wie Sie es brauchen.

Lesen Sie nach, dort steht immer: Gemeindeabgaben, Entgelte und Tarife - Bezirksvertretungen dürfen dazu keine Anträge einbringen, und Volksbefragungen sind dazu nicht möglich. Wenn es ein Mal nicht möglich ist, ist es auch das andere Mal nicht möglich. Aber in den Bezirksvertretungen einen Antrag auf Ausweitung der Kurzparkzonen zuzulassen, jedoch eine Initiative der Bürger zum gleichen Thema nicht, das ist schlicht und einfach unmöglich! *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Sie haben in einer nie dagewesen Art und Weise den Magistrat präjudiziert. Am 27. Juni hat bereits Bgm Häupl gesagt, die Fragestellung ist unzulässig! Am 6. Juli hat VBgmin Vassilakou gesagt, die Fragestellung ist unzulässig! Der Magistrat hat lange danach entschieden, nämlich am 16. Juli.

Sehr geehrte Damen und Herren, das geht nicht! In einem Verwaltungsverfahren, in dem der Magistrat zu entscheiden hat, haben sich weder der Bürgermeister noch sonst ein Politiker einzumischen. Er ist schlicht und einfach nicht zuständig. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Der Bürgermeister kann sich schon einmischen!)* Er sollte die Zuständigkeit des Magistrats akzeptieren und sich keine Entscheidungsbefugnis anmaßen, die ihm nicht zusteht. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Der Bürgermeister ist der Vorstand des Magistrats! Wenn nicht er, wer sonst?)*

Die Juristen der MA 62 hatten ursprünglich überhaupt nicht die Idee und haben ursprünglich überhaupt nicht damit spekuliert, diese Fragestellung abzulehnen. Denn wäre die MA 62 tatsächlich der Meinung gewesen, dass man diese Volksbefragung so leicht hätte abdrehen können, dann hätte man sich das sehr mühselige, wochenlang andauernde Auszählen der Unterschriften sehr leicht ersparen können. Ich kenne mich auf Grund meines Berufes ein bisschen aus mit Verwaltungsbehörden und auch mit Gerichtsbehörden: Keine Behörde in Österreich tut sich diese materielle Arbeit an, wenn sie formal nicht erforderlich ist.

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Herr Abg Ulm, nur zur Information: Sie haben noch zehn Minuten Zeit, zum Thema „Gerechtes Wahlrecht für alle Staatsbürger“ zu sprechen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*fortsetzend*): Die Juristen ha-

ben sich dem Druck des Bürgermeisters und der Vizebürgermeisterin gebeugt. Unter dem Druck der mächtigen SPÖ und der mittlerweile zu etwas Macht gekommenen GRÜNEN stöhnen 100 000, die unterschrieben haben, und Unzählige mehr. Sie fühlen sich verhöhnt und ohnmächtig.

Solche Zustände beklagt Shakespeare durch Hamlet mit folgenden Worten: „Wer ertrüg der Zeiten Spott und Geißel, des Mächt'gen Druck, des Stolzen Misshandlungen ..., des Rechtes Aufschub, den Übermut der Ämter.“ „Sein oder nicht sein?“, lautet die Frage bei Hamlet. Wie geht Rot-Grün mit Demokratie, Recht und Menschen um, ist die Frage, die sich in Wien stellt. Die Antwort darauf ist wie bei Hamlet erschütternd. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. - Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abg Hebein. - Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Birgit **Hebein** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen und Kolleginnen! Herr Abg Ulm!

Ich weise es zurück, dass Sie hier behaupten, Mary Vassilakou hätte eine Anmaßung betrieben. Wenn jemand gefragt wird, Politiker/Politikerin, nach einer Einschätzung, sollen sie diese auch abgeben. Also das weise ich hiermit einmal zurück. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Das Zweite: Herr Kollege Stürzenbecher, natürlich haben Sie völlig recht, dass diese Tiefschläge der FPÖ zum Thema Demokratie nur eines aufzeigen: Wir müssen echt alles tun, damit wir dieser FPÖ nicht unsere Demokratie überlassen! Das hat sich heute einmal mehr gezeigt, ist aber nichts Neues.

Diesen Versuch der FPÖ, ein wichtiges Thema zum Anlass zu nehmen und dann eine Generalabrechnung über Rot-Grün zu machen, das kennen wir. Das war vor eineinhalb Jahren so, das war vor einem Jahr so, das war vor einem halben Jahr so, als es um das Thema „Mehr Kontrolle, mehr Transparenz in Wien“ ging. Ähnliche Argumente - es schaut fast so aus, als würde die FPÖ nie ihre Worte waschen. Damals ging es darum, dass wir GRÜNE gemeinsam mit ÖVP und FPÖ ein Übereinkommen hatten, einen Antrag, die Kontrollrechte in Wien zu erweitern, zu verbessern, die Unabhängigkeit noch mehr zu stärken und auch die Kontrollrechte zu erweitern. Das war die Vereinbarung. Was haben wir gemacht? Rot-Grün hat verhandelt. Währenddessen hat die FPÖ nichts anderes zu tun gehabt, als sich permanent aufzuregen über ein Verhandlungsergebnis, das noch nicht auf dem Tisch war.

So ist es auch heute. Wir verhandeln mit der SPÖ über eine neue Wahlrechtsreform. Die Ergebnisse gibt es noch nicht. Wie wir die Ergebnisse der Kontrolle auf den Tisch gelegt haben im Juni, siehe da, siehe da ... *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ihr Klubobmann hat schon vor einem Jahr gesagt, bis zum Jahresende!)* Herr Jung, hören Sie ein bisschen zu, das schadet Ihnen gar nichts! Siehe da: Sie mussten es begrüßen! Sie mussten das Ergebnis, das Verhandlungsergebnis zu mehr Kontrolle in Wien begrüßen, und seither war Funkstille. Wissen Sie, wie angenehm das ist?! *(Abg Mag Dietbert Kowarik:*

Dass man keine Opposition spürt?)

Nichts anderes wird es bei der Wahlrechtsreform sein. Wir haben uns im Juni gemeinsam mit der SPÖ hingesetzt, wir haben gesagt: Es gibt einen Stadtrechnungshof Wien; wir erweitern die Kontrollrechte, sie sind analog zum Rechnungshof. Noch dazu wird es einen automatischen Prüfvorbehalt bei PPP- Modellen geben.

Weiters haben wir gesagt, die Sicherheitskontrollkompetenz der Stadt Wien auf Tochter- und Enkelfirmen wird ausgedehnt werden. Wir haben ein neues Verfahren, wie man den Kontrollamtsdirektor bestimmt. Es wird ein Hearing geben, ein Rederecht des Kontrollamtsdirektors im Gemeinderat und, was mir besonders wichtig ist, strengere Überprüfungen der Konsequenzen. Das heißt, die Empfehlungen, die das Kontrollamt abgibt, werden politisch Thema: Welche wurden umgesetzt, welche nicht?

Das heißt, wir haben viel erreicht. Viel erreicht: Wir haben sogar als Regierungsparteien die Oppositionsrechte erweitert! *(Abg Mag Wolfgang Jung: Geh!)* Das heißt, Sie haben im Juni nichts anderes zu tun gehabt als zu sagen, wir begrüßen das Verhandlungsergebnis. Und das, was Sie getan haben eineinhalb Jahre vorher, ist zum Anlass zu nehmen, sich hier herauszustellen und zu sagen, oh, so eine Schweinerei, nichts passiert und Rot-Grün und eingekauft und quak, quak, quak. Es ist nichts übrig geblieben von Ihrer Kritik, gar nichts.

Und das, was Sie heute machen: Sie stellen sich heraus *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Warten Sie ein bisschen, Frau Kollegin! Ich rede nach Ihnen!)* und kritisieren ein Verhandlungsergebnis, das es noch nicht gibt. Sorry, Rot-Grün verhandelt!

Aber Sie haben das Thema Demokratie zur Sprache gebracht. Das heißt, man muss hier offensichtlich hergehen und Ihnen ein paar Wesenszüge der Demokratie erklären. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das müssen die GRÜNEN! ... Steinewerfer belehren!)* Ja, offensichtlich verstehen Sie die ganz einfachen Eckpfeiler der Demokratie nicht. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Als demokratische Länder bezeichnet man Staaten, die sich für Grund- und Menschenrechte einsetzen und die auch verteidigen. Denken Sie einmal darüber nach! Weiters bezeichnet man als demokratische Staaten jene, die dafür sorgen, dass alle, die in einem Staat leben, demokratische Rechte und Pflichten haben. Alle! Das wäre eine optimale Demokratie, wir sind auf dem besten Weg dazu.

Was Sie machen, ist: Sie schließen jeden vierten Wiener, jede vierte Wienerin von einem Wahlrecht aus. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Nein! In Wien leben und ... ein Unterschied!)* Sie schließen ein Viertel der Menschen, die hier in Wien leben, aus. Das ist ihr Demokratieverständnis! - Das ist der erste Punkt. *(Abg Mag Wolfgang Jung: ... die Verfassung, Frau Kollegin! Das stört Sie! - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Das Zweite ist: Die österreichische Demokratie durchlebt gerade, würde ich behaupten, relativ dunkle Stunden. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Demokratie ist, was Sie bestimmen?)* Das Vertrauen der Menschen in die Parteien ist ziemlich gesunken. Vor allem der Parlamen-

tarismus ist beschädigt worden durch all die Korruptionsfälle, in die auch Sie verwickelt sind, auch durch diese Inszenierungen um die Abdrehung des Untersuchungsausschusses. Sie haben überhaupt kein Wort darüber verloren, dass sich hier eigentlich Menschen durch die Korruptionsskandale von der Politik abwenden. Denn das, was signalisiert wird hier in dem Land und was bei vielen Menschen übrig bleibt, ist, dass Gier, Frechheit und Betrug sich auszahlen. Dafür tragen Sie die Mitverantwortung.

Insofern wissen wir, dass vor allem ein transparenter Umgang mit öffentlichen Geldern die Voraussetzung dafür ist, dass Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungen der Regierung akzeptieren. (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Das entscheiden Sie im Budget!*) Mokieren Sie sich nicht! Stellen Sie sich heraus, nehmen Sie Stellung zu den Korruptionsvorwürfen. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Stellen Sie sich heraus, beziehen Sie Stellung zu denen, die ein Viertel der Wiener und Wienerinnen ausschließen. Niemand hindert Sie daran. (*Abg Armin Blind: Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht, Frau Kollegin!*) Sie werden ja nach mir reden, also bewegen Sie sich, und überlegen Sie sich, was Sie unter Demokratie verstehen.

Europaweit - das möchte ich trotzdem zu einem Thema machen und nicht unerwähnt lassen -, europaweit wird gerade massiv gegen die Sparpakete demonstriert. Die Arbeitslosigkeit steigt ins Unermessliche, auch die Verzweiflung der Leute. Insofern bin ich davon überzeugt, dass die größte Herausforderung, vor der wir stehen, die sozialen Auswirkungen dieser Wirtschaftskrise sein werden. Das ist die eigentliche Herausforderung, dieses Auseinanderschere von Arm und Reich, diese Abstiegsängste und Ängste, die die Menschen haben.

Wir wissen, dass solche sozialen Probleme oder in Zeiten, wo das zunimmt, das Ausmaß der Populisten plötzlich sehr steigt. Wir erleben es auch bei uns, dass hier Parteien versuchen, ganz vereinfacht, mit Schwarz-Weiß-Denken, noch zusätzlich Ängste zu schnüren. Das halte ich definitiv für eine Gefahr unserer Demokratie. Deshalb bezeichne ich auch Ihr Verhalten im Umgang mit Minderheiten als eine Gefahr für Demokratie, denn das zeigt mir, wie wichtig es ist, dass wir gemeinsam in einer Koalition stehen, zu Grundwerten stehen, versuchen, Kontrollrechte zu erweitern, das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen wiederzugewinnen.

Wir werden es auch schaffen, mit einer Wahlrechtsreform, die wir jetzt verhandeln. Davon bin ich überzeugt: Ihnen darf man die Demokratie auf keinen Fall überlassen! - Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Kowarik. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich, bevor ich zum eigentlichen Thema komme, noch ein paar Worte zu den Vorrednern finden. Was soll ich sagen zur Frau Kollegin vor mir? Ihre weinerlichen Worte richten sich von selber. Frau Kollegin, eines nur bezüglich der Kontrollrechte, weil Sie das angesprochen haben: Es freut mich ja, dass es da vielleicht

Verbesserungen gibt. Wir werden uns die Ergebnisse im Detail anschauen. Es gibt da noch keinen Gesetzestext - oder kennen Sie den? Ich kenne ihn noch nicht. Dann werden wir uns genau anschauen, was für Verbesserungen Sie gefunden haben. Wenn das wirklich Verbesserungen sind, dann gilt es, das auch zu akzeptieren, da stehe ich nicht an.

Was Sie vergessen haben: Was ebenfalls ein ganz wichtiges Thema war von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN bei dem damaligen gemeinsamen Antrag, war auch die organisatorische Unabhängigkeit des Kontrollamtes. Vielleicht lassen Sie das auch ein bisschen einfließen und können Sie das noch umsetzen. Das habe ich bis jetzt noch nicht gehört in der Diskussion.

Zu Ihren versuchten verfassungsrechtlich-demokratiepolitischen Ausführungen erübrigt sich, glaube ich, jedes Wort. Kurios auch, dass Sie uns vorwerfen, dass wir einen Untersuchungsausschuss auf Bundesebene abdrehen wollen - da habe ich ein bisschen etwas anderes mitbekommen. Ich erinnere nur an den Bankenausschuss, da waren es auch nicht wir, die diesen frühzeitig abgedreht haben. Da gibt es durchaus - ich zeige einmal in die Richtung - Interessen, die sowohl das eine als auch das andere nicht hören wollten. Wir wissen, dass vieles nicht ganz richtig war. Das wollen wir alles aufgearbeitet haben; keine Angst, das wollen wir.

Lassen Sie mich darauf zurückkommen, was Herr Kollege Ellensohn gesagt hat. Na ja, in Wirklichkeit die übliche Ablenkung vom Thema, diesmal hat er wieder die Wirtschaftskammerwahl ausgepackt. Ja, Herr Kollege, da haben Sie recht. Das letzte Mal haben Sie auch noch die Landwirtschaftskammerwahl angeführt. Das habe ich mir dann angeschaut, weil ich mir gedacht habe: Aha, der Ellensohn sagt, die Landwirtschaftskammerwahl ist auch nicht wirklich demokratisch. Das stimmt nicht! Also in Wien wird es nach D'Hondt vergeben, soll so sein.

Herr Kollege! Aber zuständig sind Sie schon auch für das Wiener Wahlrecht, oder sollte ich meinen, als Klubobmann einer Landtagsfraktion sollte Sie das direkt betreffen. Sie haben wieder gesagt, warum die GRÜNEN jetzt doch nicht dafür sind. Interessant wäre in diesem Zusammenhang gewesen, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, wenn die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin herausgekommen wäre und vielleicht selber dazu Stellung genommen hätte. Das wäre ja durchaus möglich; soweit ich die Geschäftsordnung des Landtages im Gedächtnis habe, kann sich auch ein Landesregierungsmitglied melden. Sie hat es wieder einmal vorgezogen, dazu nichts zu sagen. Das richtet sich von selber.

Herr Kollege! Was ist in der Vereinbarung dringestanden? Ich brauche es Ihnen nicht vorzulesen, aber das hat Frau Vassilakou unterschrieben: „Zu diesem Zweck verpflichten sich die Wiener GRÜNEN ...“ Also nicht Frau Vassilakou oder nicht irgendwer persönlich, sondern die Wiener GRÜNEN! Ich glaube schon, dass Sie auch akzeptieren, dass Frau Vassilakou Vorsitzende Ihrer Partei ist und dementsprechend auch ein gewisses Vertretungsrecht nach außen hat. Aber bitte schön, soll

so sein, das müssen Sie selber wissen.

Ganz kurz nur auf den Kollegen Stürzenbecher, der uns in ruhiger, sachlicher und angenehmer Art ausgeführt hat, ich möchte sagen, über fast die ganze Welt, uns die Wahlsysteme der ganzen Welt dargebracht hat und auch festgestellt hat: Die SPÖ ist für ein modernes Verhältniswahlrecht in Wien. Sie haben über wirklich viele Staaten ausgeführt, aber außer diesem Satz haben Sie eigentlich sonst nichts gesagt über Ihre Ideen zu einem modernen Verhältniswahlrecht in Wien. Heute wäre eigentlich die Gelegenheit dazu - dazu haben wir die Sitzung einberufen -, dazu Stellung zu nehmen. Ich habe es ehrlich vermisst. *(Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Das diskutieren wir dann!)* Vielleicht kommt dann der Herr Klubobmann noch dazu und wird das ausführen, wie Ihr Modell eines modernen Verhältniswahlrechtes aussieht. Unser Modell haben wir schon vorgestellt.

Am Rande gesagt, halte ich es auch für interessant, wenn ein Sozialdemokrat sich zu der Aussage hinreißen lässt: „die stärkste Demokratie der Welt, die USA.“ *(Heiterkeit bei der FPÖ. - Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Die mächtigste!)* Nein, Sie haben gesagt, stärkste, ich habe es mitgeschrieben. Ich lasse das einmal so hier stehen, soll so sein.

Ganz kurz auch noch zum Kollegen Ulm, der gesagt hat - natürlich, atmosphärisch hat er schon recht, wenn der Bürgermeister von vornherein sagt, das ist alles falsch bezüglich Volksbefragung. Natürlich hat der Herr Bürgermeister etwas damit zu tun, was der Magistrat entscheidet. Das dürfte bekannt sein: Der Herr Bürgermeister steht an der Spitze des Magistrates, er ist verantwortlich für die Tätigkeiten des Magistrates, und er hat sogar das Recht, alle Angelegenheiten des Magistrates an sich zu ziehen. *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Nein, nicht alle!)* Auch dieses ... *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Nicht alle! Fast alle!)*

Ich kann es Ihnen vorlesen, wenn Sie wollen, aber ersparen wir uns das. *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Fast alle!)* Es lautet: „Der Bürgermeister hat das Recht, Gegenstände, die in den Wirkungsbereich des Magistrates fallen, ausgenommen“ - soll so sein - „Verwaltungsstrafsachen, selbst unter seiner Verantwortung zu erledigen.“ *(Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.)* Also gut, können wir uns darauf einigen: das sogenannte Arrogierungsrecht. Er könnte also sogar diese Entscheidung an sich ziehen. *(Ruf bei der FPÖ: Hat er aber nicht ausgeübt!)*

Er hat es nicht ausgeübt! Ganz im Gegenteil, er hat sich zu der kuriosen Aussage hinreißen lassen: Das, was der Magistrat sagt, ist Verfassungswahrheit. Ja, da sind wir jetzt wieder - Herr Kollege Stürzenbecher, Sie haben es vorgeworfen - bei Demokratie und so. Wir haben schon einen Verfassungsgerichtshof, der, wenn es überhaupt eine Verfassungswahrheit gibt, darüber befindet. Das machen nicht der Herr Bürgermeister und auch nicht der Magistrat, sondern da gibt es ein Verfahren, ein rechtsstaatlich vorgesehene Verfahren! Der Herr Bürgermeister hat sich da hinreißen lassen in seiner uns bekannten Art und von Verfassungswahrheit gesprochen; soll so sein.

Kurios wird es aber dann, wenn der Herr Bürgermeister bei der letzten Fragebeantwortung feststellt, dass eine Behörde per Definition eben weisungsfrei ist - sic!, man höre und staune - „und ich daher auch gar keine Weisung dorthin geben kann.“ Nun gut ... *(Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Berufungssenat!)* Nein, nein, da ging es um die Entscheidung - lesen Sie es nach - des Magistrates. Also wenn der Bürgermeister dem Magistrat keine Weisung mehr geben kann, dann brauchen wir keinen Bürgermeister! Das nur nebenbei, soll so sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum eigentlichen Thema der heutigen Sitzung: faires Wahlrecht für Wien. Ich erspare es Ihnen jetzt, diese Vereinbarung von Schwarz, Blau und Grün noch einmal vorzulesen. Sie wissen, worum es geht. Wir haben diese Initiative auch tatsächlich ernst genommen und haben uns die Mühe gemacht - unter Anführungszeichen, verfassungsrechtlich zu arbeiten, ist ja meistens ein Vergnügen -, diesen Initiativantrag auch dementsprechend in Schrift zu gießen und in Paragraphen zu gießen, und haben diesen Antrag eingebracht, wo wir eben im zweiten Ermittlungsverfahren, das es laut Wahlrechtsordnung gibt, einen Ausgleich schaffen.

Warum ist das so? Auch das werden Sie hoffentlich inzwischen wissen. Im ersten Ermittlungsverfahren nach dem Hagenbach-Bischoff-System gibt es eben die berühmte-berühmte Bevorzugung der stärksten Partei, die in Wien zufälligerweise die SPÖ ist - wer weiß, wie lange noch. Das empfinden wir als nicht gerecht. Und nicht nur wir, sondern an und für sich, sollte man meinen, eine Mehrheit dieses Hauses empfindet das nicht als gerecht. Daher haben wir diese Gesetzesstellen entsprechend ausgearbeitet.

Wir haben zwei Varianten eingebracht, wo man einmal sagt, im ersten Ermittlungsverfahren soll auch diese Bevorzugung wegfallen und ein Ausgleich im zweiten Ermittlungsverfahren geschaffen werden. Und noch einmal haben wir auch einen zweiten Antrag eingebracht, wo eben diese Bevorzugung im ersten Ermittlungsverfahren bestehen bleibt, weil wir es durchaus einsehen und nachvollziehen können, wenn man sagt, Bezirkspolitiker gehören gestärkt. Also das Grundmandat gehört gestärkt, und im zweiten Ermittlungsverfahren soll der Ausgleich geschaffen werden.

Beide Anträge wurden auch von den GRÜNEN abgelehnt, sind sang- und klanglos untergegangen, sozusagen sang- und klanglos von den GRÜNEN negiert worden. Und was hören wir? „Wir sind in Verhandlung.“ Also gut.

Es wäre eigentlich - auch das habe ich hier schon angeführt - wirklich einfach, ein ganz einfacher Gesetzestext, diese Ungerechtigkeit, die zumindest von einer vermeintlichen Mehrheit in diesem Haus als solche empfunden wird, zu ändern. Man müsste drei Worte streichen, ich habe Ihnen das schon einmal vorgelesen. § 83 Abs 1, wo die Wahlzahl für die Verteilung der Gemeinderatsmandate so gefunden wird: „indem die Gesamtsumme der im Wahlkreis für die Parteilisten abgegeben gültigen Stimmen durch die um eins vermehrte Anzahl der Mandate geteilt wird.“ Also „um eins vermehrte“ könnten

wir uns sparen, dann hätten wir ein, wenn man so will, faires Wahlergebnis.

Wir haben uns das durchgerechnet, in allen möglichen Varianten. Interessant ist dabei: Die Einzigen, die es nicht betreffen würde, wären die Freiheitlichen - also auch da zum Demokratieverständnis. Wir hätten sowohl nach der einen Variante als auch nach der anderen Variante jedes Mal 27 Mandate gehabt, jetzt ausgegangen vom Wahlergebnis 2010. Die GRÜNEN hätten ein bisschen partizipiert, die ÖVP hätte ein bisschen partizipiert, die SPÖ hätte verständlicherweise ein bisschen verloren.

Es ist uns also ein demokratiepolitisches Anliegen, dass hier ein faires Wahlrecht eingeführt wird. Sie haben schon recht, es gibt mehrheitsfördernde Wahlrechte. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich halte ein Verhältniswahlrecht für die bessere Lösung. Es durchdringt ja auch unsere gesamte Bundesverfassung, dass das in Österreich Tradition hat. Ich glaube, das ist gut so. Wir sollten das beibehalten, ich halte nichts von Mehrheitswahlrechten.

Also diese Möglichkeit haben wir geschaffen. Es wurde leider Gottes von den GRÜNEN nicht aufgegriffen. Sie haben ihr Wort gebrochen! Sie haben ihre Vereinbarung gebrochen, anders kann man es nicht sagen. Das ist so, damit müssen Sie leben, und vor allem müssen Sie das auch gegenüber Ihren Wählern rechtfertigen. Viel Spaß dabei! Aber das ist nicht meine Angelegenheit.

Meine Damen und Herren! Ich habe noch fünf Minuten, das heißt, ich kann noch einiges, was hier gesagt wurde, vielleicht ein bisschen aus Sicht der Freiheitlichen beleuchten beziehungsweise auch aus meiner persönlichen Sicht.

Wir haben schon gehört, es gibt die Scheindebatte - ich nenne es so, wie es ist, Herr Kollege Schicker, ich darf das so ausdrücken - über die 5-Prozent-Hürde in den Bezirken. Ich glaube, das ist nicht wirklich ein Thema bei uns. Ich habe es Ihnen vorgerechnet: Von 1 112 Bezirksräten sind 6 Bezirksräte gewählt worden, obwohl ihre wahlwerbende Gruppe nicht 5 Prozent hätte; 6 von 1 112, das sind 3 Kommunisten, 2 Schimaneke-Mandatäre und 1 „Pro Hetzendorf“.

Glauben Sie mir, weder für die Kommunisten noch für den Schimaneke ist es mir jetzt weiß Gott was für ein persönliches Anliegen, dass die weiterhin in den Bezirksvertretungen bleiben. Aber es ist mein demokratiepolitisches Verständnis, dass es durchaus auch ein Bezirk und eine Stadt aushält, wenn kleinere, wenn Sie so wollen, Minifraktionen ihren Beitrag zur Demokratie auch auf Mandatsfunktion liefern dürfen. Es ist eine Scheindebatte, denn es ergeben sich dadurch keinerlei wie auch immer genannte Schwierigkeiten in der Mehrheitsfindung in den Bezirken. Ich glaube, das können wir so sagen, wie es ist.

Zum Wahlrecht gibt es auch noch eine Sache bezüglich der Briefwahl. Hier hat es mich gefreut, Herr Kollege, dass Sie gesagt haben, ja, die Briefwahl soll sich ändern. Und Sie haben gesagt - auch das habe ich mir aufgeschrieben -, „endlich wird die Briefwahl ...“ Herr Kollege, nicht böse sein, ich glaube, im März 2010 haben wir die

Wahlrechtsordnung entsprechend geändert: nur mit den Stimmen der SPÖ! Da haben sich alle anderen, Grün, Schwarz, Blau, einheitlich dagegen ausgesprochen und haben gesagt: Bitte nicht, das darf doch nicht sein! (*Abg Dr Kurt Stürzenbecher: ... mit dem Bund!*) Mit dem Bund werden wir uns jetzt angleichen, was man so hört. Aber vollkommen überschießend haben Sie diese Regelung eingeführt! Ich nehme zur Kenntnis - und zwar anerkennend nehme ich es zur Kenntnis -, dass Sie davon wieder abgegangen sind und dass Sie jetzt auch die ablehnenden Stellungnahmen fast aller namhaften Verfassungsrechtler zur Kenntnis nehmen. Hoffentlich wird das ein Punkt sein, wo wir uns sicherlich einig werden können, dass man da wesentlich zurückfährt: keine Wahlkarten-Abos und keine achttägige Frist nach den Wahlen, dass noch Stimmen einlangen können. Das wäre, glaube ich, ganz wichtig, und das werden wir auch hoffentlich zusammenbringen.

Zum Thema Ausländerwahlrecht/EU-Wahlrecht haben wir uns auch schon öfters unterhalten. Wie gesagt, ich halte es für falsch, auch rechtlich für falsch, die Staatsbürgerschaft als einen reinen Verwaltungsakt zu sehen. Natürlich ist es das, aber auch viel mehr! Damit hängen Rechte und Pflichten zusammen, damit ist eine Schicksalsgemeinschaft gegeben, und damit sollten eben auch diverse Rechte exklusiv verbunden sein. Dazu gehört für uns das Wahlrecht!

Wenn jemand so lange in Österreich aufhältig ist, sich hier voll integriert und sich einlebt, dann spricht ja nichts dagegen, dass er auch die österreichische Staatsbürgerschaft annimmt, dass er auch diesen nach außen und nach innen deklarierenden Akt setzt. Da spricht nichts dagegen. Ich glaube, es werden in den seltensten Fällen die zehn Jahre tatsächlich ausgenützt, die notwendig sind, um Österreicher zu sein, meistens geht es ja doch auch schon sehr viel früher. Dann soll er das machen, dann hat er auch sein Recht, hier zu wählen.

Außerdem - und auch das wurde anerkennenderweise von der SPÖ immer gesagt - werden wir es hier nicht entscheiden können. Wir können uns eine Meinung dazu bilden, aber entschieden wird es, wenn man so will, auf anderer, auf höherer Ebene.

Zum Petitionsrecht: Wir werden uns auch das anschauen. Es ist grundsätzlich ein Weg in die richtige Richtung. Der Teufel liegt immer im Detail. Auch das werden wir uns anschauen.

Bezirksvorsteher-Stellvertreter ist mir auch noch ein Anliegen, auch das haben wir schon besprochen. Das war nicht immer so. Das wurde eingeführt in Zeiten einer SPÖ-Alleinregierung, dass es zwei Bezirksvorsteher-Stellvertreter gibt. Früher war es nämlich so - ursprünglich auch von der SPÖ, nehme ich an, in Alleinregie beschlossen, damals hatten Sie noch die Mehrheit -, dass es nur einen Bezirksvorsteher-Stellvertreter gibt, aber den hat die Opposition, also die zweitstärkste Partei im Bezirk. Ja, gerne, soll so sein. Bezirke wurden aufgewertet durch Dezentralisierung. Umso wichtiger ist, dass auch hier Oppositionsrechte wichtig und ernst genommen werden. Darum ist hier unsere Position ganz eindeutig.

Stadtregierung, nichtamtsführender Stadtrat: Auch das ist nicht auf dem Mist der FPÖ gewachsen. Hier wird immer so argumentiert: Die FPÖ hat sich das einfallen lassen. Nein, nein, Sie wissen, wie das war. Ich erspare es Ihnen auch hier, dass ich Ihnen den geschichtlichen Ablauf vorbete. Es wurde von der SPÖ so geregelt, um sich eben die amtsführende Stadtregierung exklusiv vorbehalten zu können.

Meine Damen und Herren! Der langen Rede kurzer Sinn: Wir haben diese Sitzung einberufen, weil wir glauben, es ist endlich an der Zeit, dass auch Wien ein modernes, faires Verhältniswahlrecht bekommt. Ich würde hoffen, dass sich dieses Haus auch dazu durchringen kann. - Ich danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dipl.-Ing Schicker zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dipl.-Ing Rudi **Schicker** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die SPÖ ist die einzige Partei in diesem Landesparlament, in diesem Landtag, die keinen Notariatsakt für demokratiepolitische Fragen braucht. *(Abg Mag Wolfgang Jung, in Richtung GRÜNE: Na, jetzt habt ihr es gehört!)* Wir diskutieren Notariatsakte, die in diesem Haus eigentlich nichts verloren haben, die ganze Zeit, und wir reden darüber, wer wann wo einen Notariatsakt unterschrieben hat. Das ist doch vollkommen uninteressant und unwichtig! *(Zwischenrufe bei FPÖ und GRÜNEN.)*

Wenn wir mit einer anderen Partei in Koalition sind - und das sind wir -, dann halten wir uns an die Koalitionsvereinbarungen. Genau so ist das mit jeder Partei und erwarten wir das von jeder Partei, die mit uns in einer Koalition ist. Wenn Sie einen Oppositionsvertrag mittels Notariatsakt in der vergangenen Periode gemacht haben, dann ist das mit Zeitablauf ohnehin schon überholt. Also was soll denn das?

Ich würde, ehrlich gestanden, einmal von diesem Thema Notariatsakt auch auf Seite der Oppositionsparteien heruntersteigen. *(Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Das ist so fad!)* Es wird ziemlich fad, und Sie werden auch heute gemerkt haben, liebe Kollegen von der FPÖ, dass es niemanden mehr auf der Pressetribüne interessiert hat außer den Presse- und Informationsdienst, die Rathauskorrespondenz, die bei dieser Gelegenheit ja auch immer mitschreiben muss. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Wir machen nicht Politik für die Presse! - Abg Mag Wolfgang Jung: Wir machen Politik für die Wiener, nicht für die Presse!)*

Ich wundere mich, warum Sie immer wieder, auch bei aufrecht laufenden Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien und den Oppositionsparteien zur Frage des Wahlrechtes, dann noch einen gesonderten Landtag dazu einberufen. Sie werden doch nicht erwarten, dass dabei heute viel herauskommt, an so einem Tag. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Da haben Sie recht!)* Aber mein Gott, benützen und nutzen Sie die Sitze, die Sie haben, die Sie jetzt haben, nach der nächsten Wahl werden es mit großer Wahrscheinlichkeit ohnehin deutlich weniger

sein. *(Ironische Heiterkeit bei der FPÖ. - Abg Mag Wolfgang Jung: Pfeifen im dunklen Wald!)*

Ihre Schwesterpartei in Kärnten, oder wie immer die jetzt heißen mögen, das sind ja die kuriosesten Sesselkleber. Die Sesselkleber der FPK dürfen sich auf ihre Sessel gar nicht hinsetzen, denn sonst sind sie abgewählt. *(Zwischenruf von Abg Mag Johann Gudenus, MAIS.)* Das ist der Zustand, da kann man doch sehen, wie wenig ideenreich, wie wenig sinnvoll, wie wenig durchdacht Ihre Vorgangsweise auch heute ist, hier einen Sonderlandtag einzuberufen. Es wäre viel gescheiter gewesen, Herr Kollege Gudenus, wir setzen uns zusammen, die vier Klubvorsitzenden und wen immer man mitnimmt, und reden so, wie wir es geplant hatten. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Morgen!)* Wir werden es morgen machen, also gut. Dann ist die Übung, die wir heute hier machen, eigentlich sowieso verlorene Zeit. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Den heutigen Termin haben aber Sie veranlasst, nicht wir!)*

Herr Gudenus! Wenn ich mir das anschau, was Sie gestern ausgesendet haben - und der Kollege Stürzenbecher hat das schon erwähnt -, der SPÖ und den GRÜNEN ein totalitäres Regime zu unterstellen, das wir schaffen, dann wissen Sie offenbar nicht, was Totalitarismus ist! Dann wissen Sie nicht, was man darunter versteht. Aber Sie haben studiert, Sie sollten es eigentlich wissen, und ich nehme an, Sie haben Rechtswissenschaften studiert, dort lernt man das.

Also Sie sollten das sehr wohl wissen - und dann verwenden sie solche Worte? Sie schreiben: „Keine Verschnaufpause für die rot-grünen Despoten.“ Wieso fällt Ihnen da eigentlich kein deutsches Wort ein? Ich meine, solche Fremdwörter wie Despoten zu verwenden, das ist ja wirklich arg.

Also ich würde sagen, wir werden das ganz genau prüfen, was Sie in dieser Aussendung gestern abgesondert haben. Es ist ein Skandal! Es ist ein Skandal, in einem demokratischen Staat, in einer demokratischen Stadt einer Partei, die nie in die Nähe irgendeines Totalitarismus gekommen ist - nie! -, die selber verboten wurde von totalitären Regimen, vorzuwerfen, dass wir ein totalitäres Regime erfinden wollen hier in dieser Stadt. Das ist ein Skandal! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Kommen wir nun zum Wahlrecht. Dieses Wahlrecht in der Stadt Wien haben wir uns jetzt ganz genau angeschaut. Nicht vor dem Zweiten Weltkrieg, sondern nur jetzt, in den letzten Jahren seit 1945. Bei diesem Wahlrecht hat jede der Parteien, die hier im Gemeinderat vertreten sind, profitiert. Die Parteien haben immer - die Freiheitlichen zum Beispiel auch jetzt - ein Mandat mehr, als der Prozentsatz beträgt. Die ÖVP hatte mehrere Male sogar die Möglichkeit, zwei Mandate mehr zu haben. Das ist lange her, das war noch zu Buseks Zeiten. Inzwischen seid ihr ja doch ein deutliches Stück kleiner geworden! Bei den GRÜNEN war das zwei Mal der Fall, bei der Wahl 1996 und bei der Wahl 2005. Überall gibt es Vorteile, die sich die einzelnen Parteien herausholen.

Herr Kowarik hat vorhin auch die Bezirke erwähnt: Herr Kollege Kowarik! Am meisten profitieren die Parteien in Wien bei den Bezirksvertretungen, und zwar nicht

die SPÖ, sondern auch die anderen Parteien. Dort stellen die ÖVP und die GRÜNEN weit, weit weg von einer absoluten Mehrheit Bezirksvorsteher, weil das in unserer Regelung für die Bezirke so der Fall ist. Und ich denke, dass wir gut damit gefahren sind, auch wenn das oft knappe Ergebnisse sind wie im 8. Bezirk oder im 4. Bezirk, denn es kommen dann bessere Lösungen zustande, weil natürlich auch die Kooperation gesucht werden muss. Es gibt aber auf jeden Fall in den Bezirken keine elendlangen Diskussionen darüber, wer Bezirksvorsteher werden soll oder wer nicht, sondern dieser Teil der Wiener repräsentativen Demokratie – beziehungsweise rechtlich ist es ja ein Teil der Wiener Verwaltung – funktioniert. Ich sehe sehr viel Sinn darin, dass es Regelungen gibt, die sich seit vielen Jahren bewährt haben.

Zur Frage, ob wir einen zweiten Bezirksvorsteher-Stellvertreter in den Bezirken brauchen. - Mein Gott, ich weiß schon, dass Ihnen unser Vorschlag nicht gefällt! Wenn man zusammenzählt, sind das die meisten Posten, die die Freiheitlichen vergeben. Es sind insgesamt 13, und wenn man die nichtamtsführenden Stadträte dazuzählt, dann wären das insgesamt 16 weniger zu vergebende Posten für die Freiheitlichen. Das tut weh! Daher meine ich: Überlegen wir uns das noch einmal! Schauen wir uns das noch einmal an! Wir haben natürlich auch Möglichkeiten, wo wir Wünsche haben, und dazu gibt es Verhandlungen, aber diese führen wir nicht vor laufender Kamera und offenen Mikrofonen, sondern wir streben Ergebnisse an, die wir dann auch gemeinsam vertreten können.

Wenn Sie die Lösungen mit Petitionsrecht und Stadtrechnungshof so irgendwie heruntermachen, dann finde ich das schon ein bisschen schofel. – Wir wissen, dass es in Wien sehr leicht ist, für irgendein Thema 500 Interessenten zusammenzubringen, die eine Petition zu irgendeinem kommunalpolitischen Thema machen möchten. Das ist ein ganz, ganz wichtiges Instrument! Wir wissen, dass Menschen sich selber an Demokratieprozessen beteiligen wollen. Daher ist das ein ganz wichtiger Bestandteil der Reformen, die wir noch in diesem Jahr in diesem Landtag beziehungsweise im Gemeinderat einbringen wollen.

Ganz entscheidend sind für uns auch die Untersuchungskommissionen und -ausschüsse, und diesbezüglich waren wir in Wien immer voraus, denn diese wurden bei uns per Reform eingeführt. Das ist bei uns ein Minderheitsrecht. Und Sie hätten Zeit dazu gehabt, als Sie in der Regierung waren, das auch auf Bundesebene zu installieren. Das haben sie jedoch nicht getan. Wir haben es eingeführt. Und das ist auf Bundesebene auch im Koalitionsabkommen! Man wird sehen, ob das in dieser Legislaturperiode noch kommt! In Wien hat es sich jedenfalls bewährt.

Bei uns gibt es auch keine Diskussionen darüber, wer jeweils Vorsitz führt. Auch dafür gibt es eine saubere Lösung, die uns als Politikern den Freiraum lässt, unsere Argumente vorzubringen. Wir müssen ja nicht Sitzungspolizei im Sinne der Vorsitzführung sein. – Das sind Lösungen, die wirklich Melodie haben. Diesbezüglich ist im Sinne der Sache vorgegangen worden.

Genauso verhält es sich beim Wahlrecht: Wenn wir Reformbedarf beim Wiener Wahlrecht haben, dann dort, wo es unterschiedliche Regulierungen für die Bürger gibt. Wir wollen ja, dass die Menschen zur Wahl gehen. Und da gibt es das Problem, dass der Stimmzettel in Wien anders aussieht als der Stimmzettel bei Bundewahlen. Warum? – Das versteht keiner! Ein weiterer Problembereich ist, dass das Beheben der Wahlkarten und die Briefwahl noch unterschiedlich geregelt sind. Auch das muss gleichgestellt werden, damit sich der Bürger besser auskennt, wenn er sein Wahlrecht wahrnimmt. Außerdem gibt es noch eine Reihe von anderen Kleinigkeiten, etwa die Frage, wie man sich bei der Wahlkommission legitimiert. Auch das sollte man natürlich gleichrangig regeln, damit jemand, wenn er sein Wahlrecht wahrnehmen möchte, sozusagen nicht gesetzeskundig sein muss, welches Recht denn jetzt gerade angewendet wird. – In diesen Bereichen können wir für die Bürgerinnen und Bürger in Wien große Fortschritte erzielen.

Zur Frage von Demokratie und Wahlrecht: Es wird niemand abstreiten, dass Großbritannien eine blühende, gedeihende, lebendige Demokratie ist. Ich nehme nicht an, dass Sie wollen, dass wir in Wien das Wahlrecht Großbritanniens einführen, dann würden nämlich die Mehrheitsverhältnisse hier herinnen komplett anders aussehen. Dort wird in Einerwahlkreisen nach dem Motto: „The winner takes it all!“ gewählt. Das würden wir uns nicht einmal im Traum wünschen! Aber es ist jedenfalls demokratisch.

Oder schauen wir uns das französische Wahlrecht an: Auch dieses ist demokratisch. Auch dort gibt es sehr starke mehrheitsbildende Elemente. Und auch in der BRD gibt es ein anderes Wahlrecht: Dort wird mit Zweitstimmen agiert, aber auch das ist demokratisch. Da gibt es Überhangmandate, und man weiß nicht einmal, wie groß denn der nächste Bundestag sein wird. – Auch dazu könnte man sagen: Das ist aber merkwürdig, das ist schlecht!

Bei uns wird mit der Wahlkreisorganisation mit 18 oder vielleicht einmal nur 17 Wahlkreisen sehr gut widerspiegelt, wie die Sozialstruktur und die verschiedenen Wohngegenden in Wien gestaltet sind, und dabei soll es auch bleiben. Und es soll auch dabei bleiben, dass es ein Wahlrecht gibt, das funktioniert.

Wenn ich an die Reden denke, die von der ÖVP und den Freiheitlichen gehalten wurden, dann ist heute in diesen immer wieder vorgekommen, dass es für die SPÖ keine absolute Mehrheit geben darf. (*Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.*) Ich habe mir von den Juristen herausarbeiten lassen – ich bin ja keiner – wie denn die Formulierung eines solchen Gesetzesentwurfes aussehen müsste, und ich möchte Ihnen das gerne zur Kenntnis bringen. Wenn wir ein solches Wahlrecht machen, dann würde § 1 vermutlich lauten: Die SPÖ darf nie mehr die absolute Mandatsmehrheit bekommen, egal, ob der WählerInnenwille das verlangt oder nicht. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Sie werden mit keiner Form des Verhältniswahlrechtes jemals verhindern können, dass es keine mehrheits-

bildenden Elemente enthält! Sie werden das nie verhindern können! Denken Sie nur daran: Die Piraten kandidieren. Es kandidiert Herr Stronach, und zwar mit was immer das sein soll. Es kandidiert das BZÖ. Es kandidieren auch andere Kleinparteien. Rechnen Sie jetzt nur einmal, dass 4 Kleinparteien in Summe möglicherweise 12 Prozent bekommen! Da diese ja nicht hereinkommen, sind folglich die 100 Prozent, von denen aus ermittelt wird, nur 88 Prozent, und dann gibt es hier mit 44 Prozent die absolute Mehrheit. Wenn das für Sie kein Problem ist, dann können wir darüber reden. Aber man kann wohl nirgends hineinschreiben, dass die SPÖ als stärkste Partei nie die Chance haben darf, die absolute Mehrheit an Mandaten zu bekommen. Das geht nicht! Das wäre verfassungswidrig. Das würde dem europäischen Recht zuwiderlaufen.

Aber auch in dem System, das Sie vorgeschlagen haben, gehen Stimmen für Kleinparteien verlustig, und wenn es ein realistisches Beispiel ist, dass das bis zu 12 Prozent gehen kann, dann haben wir mit 44 Prozent die absolute Mehrheit. Dann hätten wir derzeit keinen Koalitionspartner, sondern hätten die Alleinregierung. Das wäre eine wunderschöne Situation, wiewohl die Koalition ja ganz gut funktioniert.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich fasse zusammen. – Erstens wollen wir ein überschaubares, für die Wähler vereinfachtes Wahlrecht. Zweitens wollen wir, dass die Funktionsfähigkeit in den Bezirksvertretungen, im Gemeinderat und im Landtag gewährleistet ist. Außerdem wollen wir, dass der Bürgerwille – genauso wie das in den letzten Jahren seit 1945 der Fall war – hier ordentlich vertreten ist und für diese Stadt ordentlich gearbeitet werden kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dkfm Dr Aichinger zu Wort gemeldet. Ich erteile es.

Abg Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte hat uns heute gezeigt, dass von den Regierungsfractionen sehr viele Ablenkungsmanöver betrieben werden und über Themen gesprochen wird, die gar nicht hierher gehören, denn es geht jetzt um Demokratie. *(Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Worüber hat denn Abg Ulm geredet?)*

Und es gibt auch eine Fraktion hier in diesem Hause, die sich der Kindesweglegung eines Notariatsaktes schuldig gemacht hat, einer Vereinbarung, einer Idee, eines Wahlversprechens: Damals haben sich drei Parteien dieses Hauses geeinigt, dass es in dieser Stadt ein faires, gerechtes Verhältniswahlrecht geben soll, bei dem jede Stimme – und das ist der Punkt, meine Damen und Herren – gleich zählt und nicht die Stimmen unterschiedlich bewertet werden, wodurch es sozusagen zu Verwerfungen zwischen den Mandatszahlen und der Prozentzahl kommt, meine Damen und Herren. Das ist der Punkt!

Herr Kollegen Ellensohn! Es kann doch nicht sein, dass Sie jetzt das Wort Ihrer Parteiohfrau nicht mehr ernst nehmen und sogar wortwörtlich gesagt haben,

dass das eine unterschrieben hat, obwohl Sie wissen, dass im Text steht, dass das für die Grüne Fraktion gilt. – Wir nehmen das zur Kenntnis. Das heißt, wir müssen davon ausgehen, dass Sie das jetzt nicht wollen, was Sie vorher versprochen haben beziehungsweise was Sie auch den Wählern gesagt haben. Und ich glaube, es ist notwendig, meine Damen und Herren, das aufzuzeigen. Es ist die Kernfrage in diesem Haus: Gibt es ein Wahlrecht, bei dem jede Stimme gleich zählt? Genau das ist das Anliegen, das wir haben, aber es werden hier seit zwei Jahren Dinge ganz einfach verschleppt. Außerdem habe ich heute in diesem Zusammenhang noch ein erschreckendes Wort gehört, nämlich dass ein Notariatsakt einen Zeitablauf hat. – Ich meine, lieber Kollege Schicker, dass so etwas meiner Ansicht nach in diesem Hause nichts verloren hat!

Wir wollen und brauchen also ein solches Wahlrecht, um fair vorgehen zu können.

Zweitens, meine Damen und Herren, sind viele Punkte heute angesprochen worden, die wirklich reformbedürftig sind. Ich will sie jetzt gar nicht alle aufzählen, denn wir haben heute schon viel darüber gehört. Das beginnt beim Briefwahlrecht und beim Wahlrecht für Zweitwohnsitzer: Wir meinen, dass Auslandsösterreicher, also etwa Menschen, die unter Umständen ein halbes Jahr oder zwei Jahre ins Ausland gehen, um zu studieren, auch wählen können sollen.

Außerdem soll es auch Verhandlungen darüber geben, wie es mit dem Beheben von Wahlkarten und ähnlichen Dingen weitergeht. Es gibt bereits entsprechende Verhandlungen, aber ich möchte etwas dazu sagen – wobei ich jetzt nichts vorweg nehmen oder in der Öffentlichkeit diskutieren will –: Es kann aber nicht so sein, dass die Verhandlungen auf einer schiefen Ebene laufen und dass die Verhandlungspartner auf der einen Seite sagen, njet, das kommt nicht in Frage!, während die andere Gruppe, konkret die Opposition, sagt, dass es ungeheuerlich ist, dass wir das nicht machen. Diesbezüglich muss es offene, faire Gespräche geben. Wir wollen für alle im Großen und Ganzen ein vereinfachtes Wahlrecht, das klar und transparent und demokratisch ist, mit welchem auch die Meinung der Bevölkerung entsprechend repräsentiert wird.

Ich will das Ganze jetzt nicht verlängern, daher sage ich abschließend noch einmal, meine Damen und Herren: Der Hauptpunkt ist ein faires Verhältniswahlrecht. Diesbezüglich brauchen wir von den Regierungsparteien noch einen Vorschlag, dass es dazu kommen kann, dass jede Stimme gleich zählt und dass – wie gesagt – im Ergebnis die Mandatszahl der Prozentzahl entspricht. Dafür werden wir weiter kämpfen und immer sagen, dass wir das so haben wollen. – Danke schön.

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dipl-Ing Margulies. Ich erteile es ihm.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte nur ganz kurz auf meine Vorredner eingehen. Etwas möchte ich vorwegschieken: Ich bewundere die Klubobleute Ellensohn und Rudi Schicker, dass sie

mit der FPÖ nach der gestrigen Presseaussendung überhaupt noch sprechen, in der vom „rot-grünen Weg zu einem totalitären Regime“ und von „rot-grünen Despoten“ die Rede war. Nach diesen Äußerungen würde ich mir von Ihnen einmal eine Entschuldigung erwarten, bevor ich mich mit Ihnen überhaupt an einen Tisch setze! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Es ist unglaublich, wie diejenigen, die sich in den letzten 70 Jahren einen mehr oder weniger absichtlichen Versprecher geleistet haben, sich herstellen und die Demokratie in Wien in Grund und Boden reden! Wir haben heute schon viel gehört. Es wurde davon gesprochen, wie weit die Bandbreite von demokratischen Wahlsystemen ist. Ich teile nicht alle Auffassungen. Aber es gibt natürlich nicht nur ein demokratisches Wahlrecht.

Wir haben 2005 in Wien gewählt und die SPÖ hat damals leider – wie ich aus meiner Sicht sage – mit 49,09 Prozent mehr Prozentpunkte und auch mehr Stimmen gehabt als alle anderen im Gemeinderat vertretenen Parteien zusammen, und demgemäß hatte sie die absolute Mehrheit. Wir hatten 2010 eine Wahl, und die SPÖ hatte nicht mehr Stimmen als alle anderen Parteien zusammen, daher hat sie jetzt auch keine absolute Mehrheit hier im Wiener Gemeinderat. Dass wir uns also in der Bandbreite von demokratischen Wahlen bewegen, ist hoffentlich jedem halbwegs vernünftig denkenden Menschen klar. Ich würde mir im Hinblick darauf erwarten, dass Kollege Gudenus herauskommt und sich für seine gestrige Presseaussendung entschuldigt. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ein weiterer Punkt, der mir trotzdem auch wichtig ist: Wir GRÜNEN wollen ein Wahlrecht – und dafür treten wir nach wie vor ein –, in dem jede Stimme gleich viel zählt. Möglicherweise ist dies auch der Grund, dass wir noch nicht fertig sind mit einem neuen Wahlrecht für Wien. Und ich erlaube mir zu bemerken: Es wird in Wien vor der nächsten Wahl eine Wahlrechtsänderung geben müssen, hinsichtlich welcher wir gemeinsam eine Position finden werden. Natürlich würde ich mir wünschen, dass diese Position nicht nur die ganz maßgeblich von mir erreichten Änderungen im Briefwahlrecht beinhaltet, sondern dass zumindest die ÖVP – bei der FPÖ wage ich nicht daran zu denken – so weit geht und sagt, EU-BürgerInnen, die seit fünf oder zehn Jahren in Wien leben, sollten auf Wiener Ebene zumindest dasselbe Recht haben wie jeder Steirer und jede Steirerin, jeder Vorarlberger und jede Vorarlbergerin, jeder Kärntner und jede Kärntnerin, jeder Oberösterreicher und jede Oberösterreicherin, der oder die einen Tag vor dem Stichtag nach Wien ziehen. Dass sie nämlich mitentscheiden können, wie es mit unserer Stadt weitergeht. Wir haben nämlich die absurde Situation, dass EU-BürgerInnen, vor allem bei den GRÜNEN, aber auch in anderen Parteien, zwar in die Bezirksvertretung aktiv gewählt wurden und die Bezirkspolitik, die oft auch Auswirkungen auf Wien hat, mitbestimmen, aber in Wien nicht wählen dürfen. Man darf sich aktiv an der Wiener Politik beteiligen, jedoch das absurde Wahlrecht, das es gibt, legt fest: Ihr dürft hier wohnen, so lange ihr wollt, aber ihr dürft nicht wählen.

Und ich gebe in einem Punkt auch der FPÖ recht. Es ist eine ideologische Entscheidung, wen man wählen lassen will, und im Hinblick darauf erhebt sich die Frage: Will ich, so wie die Freiheitlichen und leider auch die Wiener ÖVP, an die 200 000 bis 300 000 Menschen dezidiert vom Wahlrecht ausschließen? *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Peinlich!)* So ist es! Das ist die Tragödie dahinter. Und Sie wollen das!

Die Position der GRÜNEN war immer und ist eindeutig: Nein, wir wollen nicht, dass in Wien lebende Menschen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Wir wollen das nicht, und wir hoffen, dass es uns gelingt, möglichst viele Menschen von dieser Position zu überzeugen. Es wäre ein weitaus größerer Schritt zu mehr Demokratie, wenn diese 300 000 Menschen oder zumindest die EU-BürgerInnen, das sind ungefähr 120 000 Menschen, auch wählen dürften und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen wären. – Wenn man diesen Menschen ihr Wahlrecht wegnimmt, ist das im Übrigen weit mehr als die Verschiebung von ein oder zwei Mandaten.

Ich erlaube mir jetzt noch einen kurzen Satz und vielleicht einen zweiten zum Notariatsakt. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Der keiner war!)* Ich spreche von einem Notariatsakt mit einem Menschen, der so wie seine Vorgängerin für die FPÖ kandidiert hat und niemals hier erschienen ist. Man muss überhaupt sagen: Wer auf Platz 1 für die Wiener Wahl kandidiert, sitzt mit Sicherheit danach nicht im Wiener Landtag, zumindest wenn er bei der FPÖ kandidiert. Das war so bei Helene Partik-Pablé, das ist bei Strache so. Es handelt sich auf jeden Fall um einen Notariatsakt mit jemandem, der nicht da ist. Das Phantom der Wiener FPÖ ist nicht da! *(Heiterkeit bei den GRÜNEN. – Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Wie schaut es mit Christine Marek aus? Sie wurde von der ÖVP hinausgemobbt und ist irgendwo im Parlament verschwunden, und es würde mich wundern, wenn sich Kollege Juraczka und der ÖVP-Klub auch nur irgendwie an das Wort der Kollegin Marek gebunden fühlen würden!

Wie ist es bei uns? – Wir stehen zu dem, was wir gesagt haben. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ihr liegt!)* Und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Mir ist ... *(Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Diese Aufregung der Undemokraten: Das ist faszinierend! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Ich habe es vorher schon gesagt: Es hat einen Grund, warum wir uns noch nicht geeinigt haben. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Lesen Sie einmal die Vereinbarung! – Abg Armin Blind: Sinnerfassend lesen!)* Ich sehe ein Wahlrecht, das sich nicht zu einem Mehrheitswahlrecht, wie Sie es sich vorstellen, sondern zu einem fairen Verhältniswahlrecht entwickeln wird, bei dem jede Stimme gleich viel wert ist. Dafür stehen wir, aber es zeigt sich, dass mit Ihnen damit, wenn Sie solche Presseaussendungen machen, kein Staat zu machen ist. Mit Menschen, die eine abstruse Vorstellung von Demokratie haben und denen es vor allem nur darum geht, dass immer sie recht haben und alles andere böse ist, ist das tatsächlich uninteressant!

Jetzt komme ich zu noch einem Punkt, weil das auch immer wieder kommt. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Sie*

haben sich mit dieser Sache ins Knie geschossen!) Kollege Jung! Ich habe Sie nicht verstanden! (*Abg Mag Wolfgang Jung: Ich sage es Ihnen nachher persönlich!*) Wollen Sie nicht, dass es im Protokoll steht? Gut! Wenn ich Sie wäre, würde ich das auch nicht wollen, denn das ist meistens tatsächlich nicht so relevant!

Ich komme gleich zum Schluss, möchte diesen Tag aber nutzen, um hier noch etwas klarzustellen: So viele überschwängliche und positive Mails wie heute haben wir tatsächlich schon lange nicht mehr bekommen. (*Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.*) Und das ist kein Wunder! Wenn man im 15., 16., 17. oder 12. Bezirk wohnt, sieht man jetzt wieder auf die Straße und hat plötzlich Luft zum Atmen, weil nicht alles verparkt ist. Die Menschen, die in den betroffenen Bezirken wohnen, freuen sich über die heutige Einführung des Parkpickerls. Und ich glaube, wir sollten uns aus diesen Grund heute, am 1. Oktober, tatsächlich richtig freuen. – Ich danke sehr. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Akkilic. Ich erteile es ihm.

Abg Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte im Besondern auf einen Bereich der Demokratiereform eingehen, nämlich warum wir eigentlich das Wahlrecht für Drittstaatsangehörige und für EU-BürgerInnen auf Wien-Ebene haben wollen. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Weil Sie Wählerschwund haben!*)

Wir wollen nicht unbedingt eine Kluft schaffen, indem wir für MigrantInnen sind und uns für den Rest der WienerInnen nicht interessieren. Nein! Wenn wir über die Wiener Demokratie reden, dann reden wir im Gesamten, das heißt, wir reden im Interesse unserer Stadt, im Interesse unserer Demokratie und im Interesse dessen, welche Rolle Politik und politische Partizipation in der Frage der Integration haben.

Jeder Mensch, der nach Österreich kommt, ist mit Bildern konfrontiert, und unter diesen Bildern sind auch politische Plakate. Jeder Mensch, der nach Österreich kommt, beginnt vom ersten Moment, Teil des österreichischen politischen Systems zu werden. Er lernt die Sprache und kennt das Schulsystem. Diese Menschen schicken ihre Kinder in die Schule, diese Menschen gehen arbeiten, und sobald sie im Arbeitsprozess sind, sind sie auch im Sozialversicherungssystem und im Lohnsystem mit allem Drum und Dran, sie stecken also mitten in brisanten politischen Themen.

Selbstverständlich möchten diese Menschen auch über die Entwicklungen in dieser Stadt mitreden beziehungsweise wollen auch bei den politischen Prozessen mitentscheiden können. – Stellen Sie sich vor, es werden einem Kind in der Schule das österreichische politische System und die österreichische Geschichte beigebracht, und es werden ihm auch die österreichischen politischen Parteien vorgestellt. Darüber möchte sich dieses Kind zu Hause mit den Eltern austauschen. Dieses Kind trägt diese Informationen nach Hause und sagt: „Papa, Mama, in Österreich gibt es so und so viele politische Parteien,

und es gibt auch Entscheidungen, die diese Parteien treffen. Seid ihr da mit dabei? Habt ihr das mitbekommen?“ – Darauf müssen dann der Papa oder die Mama sagen: „Nein, wir dürfen ja nicht mitstimmen.“ Dann denkt sich das Kind: „Aber ich lerne in der Schule, dass Demokratie heißt, dass die Menschen mitmachen und mitstimmen dürfen.“ (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Schlechter Schulunterricht!*)

Abgesehen von mitstimmen und mitmachen dürfen, meine Damen und Herren, bildet sich jeder Mensch seine Meinung über politische Entwicklungen. Das heißt, die Stimmen jener Menschen, die hier kein Wahlrecht haben, sind sowieso vorhanden. Und es ist Aufgabe der Politik, diese Stimme aufzugreifen.

Diese Stimme kommt auch bei Ihnen irgendwo an. Sie hören sich auch um, Sie sprechen auch mit diesen Leuten. Brisant wird die Sache dann, meine Damen und Herren, wenn wir gewisse Entscheidungen treffen und etwa dazu Volksbefragungen abhalten, wie zum Beispiel im Fall der Geblergasse. Ich bin dort auch auf der Straße gestanden und habe versucht, die BürgerInnen darüber zu informieren, worum es bei dieser Volksbefragung geht: Es sind Drittstaatsangehörige, deren Kinder in der Geblergasse in die Schule gehen, und diese Menschen durften nicht mitstimmen, obwohl sie im vorgegebenen Umkreis gewohnt haben. Finden Sie das gerecht? (*Abg Armin Blind: Ja!*) Finden Sie es gerecht, dass die Menschen dort nicht mitstimmen dürfen? – Ich meine, das Wahlrecht für MigrantInnen hat unbedingt auch mit Gerechtigkeit zu tun.

Meine Damen und Herren! Des Weiteren ist meines Erachtens die politische Partizipation von Migrantinnen ein Integrationsmotor, den wir uns genau anschauen müssen. (*Abg Armin Blind: Das ist ein Integrationshemmnis!*) Die Logik ist, dass sich die Leute zuerst integrieren und erst dann mitstimmen dürfen sollen. Aber dieser Gedanke hinkt, denn wir wissen, dass in Österreich sehr viele Staatsbürger und Staatsbürgerinnen nicht zur Wahl gehen. Sie gehen nicht zur Wahl, obwohl sie Staatsbürger und Staatsbürgerinnen sind, weil sie auf die eine oder auf die andere Weise mit den politischen Parteien oder mit dem System nicht zufrieden sind.

Ich denke also, wenn wir den Menschen die Möglichkeit geben würden, in unserem politischen System mitzumachen, dann hätten diese Leute auch insofern einen Anreiz, als sie denken, hier kann ich mitreden, hier bin ich etwas. In der gegenwärtigen Situation haben die Menschen hingegen das Gefühl: Hier bin ich nichts, wenn ich nicht einmal zur Wahl gehen und meine Stimme abgeben kann, dann bin ich nichts. (*Abg Armin Blind: Was heißt „nicht einmal“? Das ist das höchste Bürgerrecht!*) Und diese Position wollen wir ändern, meine Damen und Herren! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Sie wissen ganz genau, dass unsere Demokratien immer einem Wandlungsprozess unterworfen sind. Wir wissen ganz genau, dass mittlerweile nicht mehr nationale Parlamente und auch nicht supranationale Parlamente wichtige politische Entscheidungen treffen, sondern auch andere Machtzentren wie die Welthandelsorganisation oder sonstige Organisationen, die einen unmittelbaren

Einfluss auf unser Leben haben. Und genau beim unmittelbaren Leben, nämlich beim Stadtleben beziehungsweise Kommunalleben, wollen wir von Rot-Grün für MigrantInnen, aber auch für alle anderen etwas bewirken.

Wenn man sich hier verweigert und sagt, nein, das geht nicht!, dann ist das nicht nur eine uralte Einstellung, sondern das ist auch ungerecht und gehört geändert.

Meine Damen und Herren! Ich frage mich, ob die Kollegen und Kolleginnen von der ÖVP Sebastian Kurz zuhören oder nicht, ob sie seine Berichte lesen oder nicht. Wir wissen, dass die Wiener ÖVP keine Integrationspolitik hat. Im Notfall verweist sie immer auf Sebastian Kurz, aber ich würde Ihnen raten, seine Berichte auch zu lesen! Im aktuellen Integrationsbericht schlagen die ExpertInnen im Kapitel „Integration durch Partizipation“ Folgendes vor: „Der Expertenrat sieht Integration als die empirisch messbare und die intentional zu fördernde, möglichst chancengleiche Partizipation an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, also an vorschulischen Einrichtungen, schulischer Bildung, beruflicher Ausbildung, Erwerbstätigkeit und Wohnraum, an der Politik und an den verschiedensten Schutz- und Fürsorgesystemen“ und so weiter und so fort.

Wohlgemerkt: Es ist auch von Partizipation an der Politik die Rede! – Jetzt frage ich die Wiener ÖVP: Was versteht ihr darunter? – Wenn ich das Wort Politik höre, dann fällt mir als Erstes Demokratie ein, weil ich diese beiden Phänomene eng miteinander verbunden sehe. Und hier gebe ich den ExpertInnen recht, Herr Lasar! Unter anderem ist hier auch Heinz Fassmann dabei, den Sie so oft zitieren. Also hören Sie einmal auf Ihren Staatssekretär, und machen Sie den Weg frei für ein modernes Wahlrecht! – Für mich bedeutet ein modernes Wahlrecht, dass jene Menschen eine Möglichkeit bekommen, zur Wahl zu gehen, die überhaupt keine politischen Rechte haben. Hier nehme ich Sie beim Wort und fordere Sie auf, einen entsprechenden Schritt zu setzen!

Im Großen und Ganzen, meine Damen und Herren, möchte ich feststellen: Wir diskutieren nicht entlang der Linie, dass die einen Migranten sind und die anderen nicht Migranten sind, sondern wir diskutieren für unsere Stadt, für unsere Demokratie und für die Zukunft der Kinder. Ich weiß allerdings, dass es verfassungsmäßig nicht anders geht, als dass ein modernes Wahlrecht unbedingt auch durch das österreichische Parlament gehen muss und das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige beziehungsweise EU-BürgerInnen auch auf Landesebene durchgesetzt werden muss. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Jung. Ich erteile es. *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Jetzt kommt er sich entschuldigen!)*

Abg Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Kollege Margulies hat mich jetzt so erfreut, dass ich ihm noch etwas sagen muss. *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Sie entschuldigen sich!)* Auch dazu komme ich.

Herr Kollege Margulies! Sie haben vorhin gemeint, indem Sie die Kandidatur unseres Obmanns Strache auf

der Wiener Liste angeführt haben, der Ihrer Meinung nach unerhörterweise ..., und man müsse sich dafür entschuldigen und so ungefähr ... *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Nein!)* Nein, also nicht entschuldigen, aber nicht angenommen hat. *(Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Ganz ruhig. – Sie haben ihn als Phantom des Rathauses bezeichnet. Das Copyright können Sie uns dann zahlen, das ist eine andere Sache: Das Phantom des Rathauses sitzt jetzt bei Ihnen in der letzten Reihe und ist mittlerweile manifestiert und hier vorhanden. *(Zwischenruf von Abg Dipl-Ing Martin Margulies.)* Diese Debatte haben Sie provoziert, Herr Kollege, und Sie können diese gerne haben!

Ich frage Sie: Haben Sie 2010 bei der Bezirksvertretungswahl kandidiert? – Ja. Sind Sie hineingewählt worden? – Ja. Sind Sie in den Bezirk gegangen? – Nein! Sind Sie also das Phantom der Josefstadt, Herr Kollege? Das frage ich Sie schon! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP. – Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Weil man das nicht darf!)*

Jetzt sagt Kollege Margulies: „Weil man nicht darf.“ – Dass Sie mit rechtlichen Ausdrücken Schwierigkeiten haben, ist nichts Neues, das sehen wir ja auch beim dauernden Zitieren des Notariatsaktes, der keiner war. Man darf aber auch nicht im Nationalrat und im Gemeinderat beziehungsweise Landtag sitzen, Herr Kollege Margulies!

Außerdem: Im Unterschied zu Herrn Kollegen Van der Bellen hat er nicht gesagt: Wenn ich gewählt werde, gehe ich hinein!, und kommt dann vielleicht drei Jahre später drauf, das wirklich zu tun, sondern er hat gesagt: Wenn ich Macht bekomme, indem ich Bürgermeister werde ... *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Das war echt ein Witz! –Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Das ist ein gewaltiger Unterschied! *(Weitere lebhaftere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Herr Kollege! Überlegen erst! „Grundstellung Denken – Sprechen“ heißt ein altes militärisches Wort. Das könnten Sie sich manchmal auch zu Gemüte führen!

Weiters haben Sie gesagt, dass Sie so begeistert waren, weil Sie heute so viele wunderschöne Mails bekommen haben und alle Wiener happy und über drüber sind. – Also, ich weiß, dass auch etliche Personen von der SPÖ, auch von jenen, die hier sitzen, nicht sehr begeistert sind! – Ich brauche mir nur das heutige „Heute“ anschauen, gemäß welchem sich die SPÖ-Simmering gegen das Parkpickerl wendet und Kollege Troch sagt: „Ich bin dagegen, dass das Autofahren so teuer wird wie die Kutschen vor 100 Jahren.“ – Sie haben also Ihren Koalitionspartner nicht nur begeistert mit dieser Geschichte!

Kollege Schicker hat vorhin gemeint, die SPÖ sei die einzige Partei, die keinen Notariatsakt braucht. – Das glaube ich! Dort geht es nämlich nach dem Prinzip: Mir san mir!, und Sie sind sowieso nur ein Anhängsel respektive Appendix. Das sieht man ja auch ganz genau hier an der Debatte. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das sieht man ganz genau hier an der Debatte über das Wahlrecht. Sie haben nichts zu sagen. Sie werden hingehalten und hinausgezögert bis zur nächsten Wahl, und dann werden Sie wieder durch die Finger schauen.

Aber das sei Ihnen vergönnt! (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Wir sind aus grundsätzlichen Erwägungen dagegen, wir haben das heute schon zwei Mal erläutert. Wir würden nichts gewinnen, aber die Demokratie in Wien würde gewinnen, und ganz genau für diese Demokratie sind wir, im Gegensatz zu manchen anderen hier, die sich als große Demokraten herausstellen! (*Zwischenruf von Abg Dipl-Ing Martin Margulies.*)

Nächster Punkt, Herr Kollege: Jetzt kommen wir zum Entschuldigen. Sie haben sich wegen des Ausdrucks Despot aufgeregt. Fragen Sie einmal Ihre Kollegin mit griechischen Wurzeln, woher das Wort Despot kommt. – Es kommt von Herr und gemeint ist – im Lexikon nachzulesen – eine Regierungsform, in der das Staatsoberhaupt die alleinige Herrschaft ausübt. Sie verwechseln das! Sie bringen Despot, Diktator und Tyrann durcheinander, Sie verwechseln das alles! Aber macht nichts, Hauptsache ist, man sagt etwas, Herr Kollege Margulies!

Noch einmal: Es besteht ein großer Unterschied zum Beispiel zwischen einem Diktator und einem Alleinherrscher. Die SPÖ hat lange Zeit die Alleinherrschaft in diesem Haus ausgeübt. Sie täte das jetzt auch noch gerne, und versucht das auch mit diesem Wahlrecht. Sie schneiden sich allerdings ins eigene Fleisch damit, aber das ist Ihr Problem. Das müssen Sie dafür tun, dass Sie hier kurzfristig einmal fünf Jahre lang mitregieren dürfen. – Soll so sein.

Kommen wir jetzt zu Kollegen Ellensohn und zu Ihren Versprechungen. Was hat Kollege Ellensohn 2011 gesagt? – Bis zum Jahresende werden wir ein neues Wahlrecht haben. Schauen Sie einmal in den Gemeinderatsprotokollen nach! Was hat er heute gesagt? – Was drei Personen unterschrieben haben, ist nicht bindend für alle. (*Abg David Ellensohn: Das habe ich nie gesagt!*)

Ihre Chefin hat nichts zu sagen bei Ihnen, das lernt man daraus! Ihre Chefin hat nichts zu sagen, und Ihren Wahlversprechen ist nicht zu trauen! Jetzt rede ich nicht von den 100 EUR, und jetzt rede ich nicht von dem, was Kollege Van der Bellen gesagt hat, sondern jetzt rede ich ganz genau von dieser Geschichte, die Sie mit allen anderen Oppositionsparteien damals stellvertretend durch Ihre Führungsfrau unterschrieben haben. So ist es und nicht anders.

Was hat Kollege Ellensohn weiters gesagt, und zwar noch beim 20. Gemeinderat im März dieses Jahres: Man

soll die Politiker nicht daran messen, was sie sagen, sondern daran, was sie tun. – Sie tun ja nichts, das ist es ja! Das Einzige, was man Ihnen in dieser ganzen Geschichte zugute halten kann, ist, dass Sie dabei einfach zu schwach und zu wenig durchsetzungsfähig sind. Und man lernt daraus: Man kann den GRÜNEN nicht glauben.

Jetzt tritt Ihre Chefin auf Bundesebene großartig vor die Presse und sagt neulich: „Mit uns wird es keine Koalition geben ohne den Untersuchungsausschuss als Minderheitsrecht.“ – Wenn die SPÖ sie gnadenhalber in der Regierung nehmen würde, dann würde sie auf dem Bauch liegen genauso wie Sie hier, und nichts würde aus der Geschichte werden! Grünen Versprechungen kann man einfach nicht trauen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Kollege Stürzenbecher hat vorhin gesagt, dass viel beim Wahlrecht im Fluss ist. – Ich habe das Gefühl, es ist nichts im Fluss, sondern es geht mit Ihnen den Bach hinunter.

Und zuletzt noch etwas, Herr Kollege Ellensohn: Ich habe neulich in einem Papierwarengeschäft einen schönen Spruch von Yves Saint Laurent gefunden. Bitte, dieser Spruch ist nicht von mir, Herr Vorsitzender! Er lautet: „Wer leicht rot wird, sollte beim Lügen Grün tragen.“ (*Beifall und Heiterkeit bei der FPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Es liegt ein Beschlussantrag der FPÖ-Landtagsabgeordneten Mag Johann Gudenus, Mag Dietbert Kowarik und Armin Blind betreffend Novellierung der Wiener Gemeindevahlordnung im Hinblick auf ein gerechtes Verhältniswahlrecht vor. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. Ich komme zur Abstimmung und ersuche jene Mitglieder des Landtages, die den vorliegenden Beschlussantrag unterstützen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird unterstützt von FPÖ und ÖVP, hat somit nicht die erforderliche Mehrheit und ist abgelehnt.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Die nächste Sitzung des Wiener Landtages findet am Mittwoch, dem 3. Oktober 2012, um 9 Uhr statt.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche einen schönen Nachmittag.

(*Ende der Sitzung 11.40 Uhr*)